

HISTORISCHES
JAHRBUCH
DER
STADT LINZ

1973/74

LINZ 1974

Herausgegeben vom Archiv der Stadt Linz

I N H A L T

	Seite
Abkürzungen	7
Verzeichnis der Mitarbeiter	8
Vorwort des Bürgermeisters	9
Rudolf Ar d e l t (Linz):	
Geschichte des Linzer Karmelitenkonvents (Mit Strichklischee auf S. 53).	11
P. Raimund B r u d e r h o f e r , OCD (Linz):	
Kirchenfeste der Linzer Karmeliten in der Barockzeit	63
P. Leo M ö s t l , OCD (Linz):	
300 Jahre Karmelitenkirche in Linz (Bildtafeln I bis XVI)	131
Georg W a c h a (Linz):	
Dreihundert Jahre Wasserapotheke (Mit Klischees auf S. 212 und 215 und Bildtafeln XVII bis XXVIII)	177
Helmut F e i c h t e r (Taufers):	
Das Linzer Programm (1926) der österreichischen Sozialdemokratie	233

Die Linke hatte sich daher nicht positiv, ohne Halbheiten und mit allen Konsequenzen auf den Boden der Demokratie gestellt²⁴⁷, sondern die Stellung zu ihr nur negativ und indirekt, durch die Ablehnung der Räte-diktatur zum Ausdruck gebracht. Aus der Abwehr der kommunistischen Propaganda, die die Räte-macht als die breiteste Demokratie für die Massen darstellte²⁴⁸, resultierte der zwiespältige Charakter der theoretischen Einschätzung von bürgerlicher Demokratie und proletarischer Diktatur, die jedoch durch die politische Praxis, vor allem durch die Koalition, ausgeglichen wurde.

In seiner Programmrede in Linz führte Bauer aus, daß eine grundsätzliche Klärung der Diktaturfrage durch zwei Tatsachen möglich geworden sei: einerseits durch den vollständigen Bankrott des Bolschewismus und andererseits durch die internationale Wiedererstarkung der Bourgeoisie. Mit Ausnahme des russischen Experiments, dessen Ausgang noch nicht eindeutig absehbar sei, seien alle Versuche zur Errichtung von proletarischen Diktaturen fehlgeschlagen und infolge der Stabilisierung des Kapitalismus habe sich für jeden sichtbar die Perspektive der Weltrevolution als Illusion erwiesen. Zum zweiten seien mit der Wiederaufrichtung der Herrschaft der Bourgeoisie alle Hoffnungen zerstoßen, den kapitalistischen Staatsapparat mit einem Schlag zu zertrümmern.²⁴⁹

Zwei Jahre später, auf dem Kongreß der Sozialistischen Internationale in Brüssel 1928, faßte er denselben Gedankengang in folgende Worte: „Damals, als die alten Reiche zusammenstürzten, als der große Machtapparat des Kapitalismus völlig aufgelöst war, damals, in der Zeit schwerster sozialer Gärung, als die Klassengegensätze auf das höchste gespannt waren, damals war es nicht leicht, den Gang der Entwicklung vorauszu-sehen, damals konnte ein ernsthafter Streit noch darüber möglich sein, ob, wie wir meinten, die Arbeiterklasse den Sieg nur erkämpfen kann auf dem Boden der Demokratie und mit den Mitteln der Demokratie, weil nur in der Atmosphäre der politischen Freiheit die Arbeiterklasse ihre Schöpferkraft entwickeln kann zum Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung, oder ob, wie die Kommunisten meinten, die Klassengegensätze sich dermaßen verschärfen und zuspitzen würden, daß nur die Gewalt den Klassenkampf entscheiden, nur die gewaltsame Diktatur den endgültigen Sieg der Arbeiterklasse bringen könne. O ja, damals war es der Kampf zwischen zwei großen Gesichtsperspektiven, die beide möglich waren im Chaos der Welt, das der Krieg hervorgerufen hat. Aber wer will heute noch sagen, daß diese beiden Gesichtsperspektiven noch möglich sind? Heute, da der Bolschewismus selbst von der Stabilisierung des Kapitalis-

mus spricht, da er selbst weiß, daß die revolutionären Prozesse, die der Krieg hervorgerufen hat, zu Ende sind . . ., wer kann heute, in dieser veränderten Situation, noch ernsthaft sagen, daß es für die Arbeiterklasse einen anderen Weg gebe als den, den wir ihr weisen?“²⁵⁰

Die Frage der Diktatur sei keine aktuelle Frage mehr. Der Demokratie drohe in einer Zeit der Wiederherstellung der Macht der Bourgeoisie Gefahr nicht mehr von Teilen der Arbeiterklasse, sondern nur noch vom erstarkenden Faschismus. Demokratie oder Diktatur sei ein sehr ernstes Problem in Österreich gewesen, als rings um das Land revolutionäre Bewegungen vorwärtsmarschierten. Nun, wo in Italien und in Ungarn nicht mehr die rote Fahne auf den Straßen wehe, sondern der Faschismus an der Macht sei, sei es „kein lebendiges politisches Problem mehr“.²⁵¹

Gegenüber dem bürgerlichen Staatsapparat und der Heimwehrbewegung in Österreich fühlte man sich stark genug, als daß man sich damit auf einem Parteitag hätte beschäftigen müssen. Die Diktaturfrage brauchte nicht als ein „Problem aktueller, praktischer Entscheidungen“, sondern als ein „Weltproblem des Sozialismus“ behandelt werden, bedeutsam vor allem für das „geistige Leben des internationalen Sozialismus“.²⁵² Die Debatten auf dem Parteitag waren daher auch ziemlich theoretisch unfruchtbar und vor allem wirklichkeitsfremd, was nicht nur Bauers Parteifreund Karl Renner²⁵³, sondern auch die bürgerliche Presse feststellte.²⁵⁴ Wenn Bauer der österreichischen Bourgeoisie den Vorwurf machte, den Sinn der Diskussionen am Linzer Parteitag aus ihrer „Ahnungslosigkeit gegenüber allen Problemen sozialistischen Geisteslebens“²⁵⁵ nicht verstanden zu haben, so trifft das zumindestens teilweise auch Renner. Zugleich drückt dies eine klare Unterschätzung des Bürgertums aus, das sehr wohl zwischen Phrase und Politik zu unterscheiden wußte.²⁵⁶

Das Programm sollte den Nachweis erbringen, daß allein der friedliche parlamentarische Weg die Arbeiterklasse zum Sozialismus bringen könne. Dabei tauchte die Frage auf, ob die Sozialdemokratie nicht unter Umständen gezwungen sein könnte, zu Mitteln der Gewalt zu greifen, um diesen Weg abzusichern. Die alten Parteiprogramme hatten die Staatsfrage noch offengelassen. Sie hatten auch offengelassen, mit welchen Mitteln die Arbeiterklasse die politische Macht erkämpfen müsse. Im Wiener Programm von 1901 hieß es, daß die Sozialdemokratie sich zur Durchsetzung ihrer Ziele „aller zweckdienlichen und dem natürlichen Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechenden Mittel bedienen“ werde.²⁵⁷ Dieser Formulierung zufolge war die Gewaltanwendung eine reine Frage der

Zweckmäßigkeit, sie war rein taktischer Natur. Bauer wies seine Kritiker von links, die diese Formulierung beibehalten wollten, entschieden zurück²⁵⁸ und unterstrich, daß die Stellung zur Gewalt nicht taktisch, sondern grundsätzlich bestimmt werden müsse.²⁵⁹ Aus den bisherigen Erfahrungen der Arbeiterbewegung gehe eindeutig hervor, daß nur über die Demokratie sicher der Sozialismus aufgebaut werden könne. Zur Gewaltanwendung dürfe die Arbeiterklasse nur im äußersten Notfall greifen: wenn sie über kein anderes Verteidigungsmittel mehr verfüge und nur noch vor der Wahl stehe, „sich mit den Waffen zu verteidigen oder in völlige Knechtschaft zu fallen“.²⁶⁰ Gewalt ausschließlich als Defensivmittel im Fall von Katastrophen — das war die Veränderung im Vergleich zum alten Programm. Es ist dies eine eindeutige Abschwächung und nicht etwa eine Radikalisierung, wie dies von der zeitgenössischen Presse und zum Teil in der wissenschaftlichen Literatur vertreten wird. Die entsprechenden Stellen im Programm lauten: „Die Bourgeoisie wird nicht freiwillig ihre Machtstellung räumen. Findet sie sich mit der ihr von der Arbeiterklasse aufgezwungenen demokratischen Republik ab, solange sie die Republik zu beherrschen vermag, so wird sie versucht sein, die demokratische Republik zu stürzen, eine monarchistische oder faschistische Diktatur aufzurichten, sobald das allgemeine Wahlrecht die Staatsmacht der Arbeiterklasse zu übertragen drohen oder schon übertragen haben wird ... Die sozialdemokratische Arbeiterpartei wird die Staatsmacht in den Formen der Demokratie und unter allen Bürgerschaften der Demokratie ausüben ... Wenn sich aber die Bourgeoisie gegen die gesellschaftliche Umwälzung, die die Aufgabe der Arbeiterklasse sein wird, durch planmäßige Unterbindung des Wirtschaftslebens, durch gewaltsame Auflehnung, durch Verschwörung mit ausländischen gegenrevolutionären Mächten widersetzen sollte, dann wäre die Arbeiterklasse gezwungen, den Widerstand der Bourgeoisie mit den Mitteln der Diktatur zu brechen.“²⁶¹

Die Diktatur des Proletariats wurde nicht als Staatssystem betrachtet, das, wie die Bolschewiki meinten, eiserne Diktatur gegenüber den Ausbeutern und breiteste Demokratie für die Massen einschloß, sondern lediglich als Herrschaftsinstrument. Diktatur wurde mit Gewalt gleichgesetzt, während Lenin beispielsweise sie definierte als „ein zäher Kampf, ein blutiger und unblutiger, gewaltsamer und friedlicher, militärischer und wirtschaftlicher, pädagogischer und administrativer Kampf gegen die Mächte und Traditionen der alten Gesellschaft“.²⁶² Das eine Mal wurde die proletarische Diktatur bestimmt als Staats- und Regierungssystem, das andere Mal als Regierungsmethode.

Die Auffassung, daß das sich als herrschende Klasse organisierende Proletariat unter Umständen zu Gewaltmitteln greifen müsse, um sich zu verteidigen, hatte Otto Bauer bereits vor dem Krieg, in der Diskussion um den Massenstreik vertreten. Damals meinte er, wenn die Staatsgewalt die Rechte der Volksvertretung und das allgemeine Wahlrecht beschneiden würde, um einen drohenden Wahlsieg der Sozialdemokratie zu verhindern, würde sie „eine proletarische Revolution herausfordern, die unbesiegbar sein wird, sobald die klassenbewußte Arbeiterschaft die Mehrheit des Volkes bildet“.²⁶³

1919 wurde diese Ansicht bereits abgeschwächt. Bauer war angesichts der russischen und mitteleuropäischen Erfahrungen nicht mehr so siegeszuversichtlich. Mit den Mitteln der Diktatur könne zwar das Alte niedrigerissen, nicht aber der Sozialismus aufgebaut werden.²⁶⁴ Das bildete auch am Linzer Parteitag den Kerngedanken seiner Ausführungen über die Diktatur. Die folgenden Gedanken geben am präzisesten die Ablehnung der Diktatur des Proletariats wieder und zeigen, daß er keineswegs mit der proletarischen Diktatur „kokettierte“.²⁶⁵ „Bürgerkrieg heißt Hungernot, Bürgerkrieg, das heißt eine Zerrüttung des Wirtschaftslebens, die die siegende sozialistische Gewalt zwingt, Aufgaben zu übernehmen, die sie nicht lösen kann. Bürgerkrieg, das heißt also, daß der Sozialismus selbst im Falle eines Sieges für eine ganze Generation keine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter bringen kann, sondern eine Verschlechterung bringen muß, weil die Zerstörung des Wirtschaftslebens unvergleichlich mehr ausmacht als die Konfiskation des Mehrwerts.“²⁶⁶ Bauers Ausruf „wir wollen diesen Weg des Blutvergießens, des Krieges nicht“²⁶⁷ entsprang nicht nur seinen moralischen Ansichten, sondern seinen sozialistischen Grundüberzeugungen, daß ein Abgehen von der Demokratie mit Notwendigkeit zur Gewalt und zum Scheitern des Sozialismus führen müsse.

Dies hatte er in allen seinen Schriften seit dem Kriegsende versucht nachzuweisen. Dabei ging er davon aus, daß selbst, wenn die österreichische Arbeiterklasse im Bürgerkrieg mit der eigenen Bourgeoisie fertig würde, sie ihre Herrschaft nicht halten könnte. Wegen der Mißverständnisse, die in der wissenschaftlichen Literatur diesbezüglich immer wieder auftauchen, seien hier einige ausführlichere Zitate angeführt. In seiner Schrift „Der Kampf um die Macht“, die die Grundgedanken des Linzer Programms vorwegnahm, schrieb er: „In Österreich hat das Proletariat keine Aussicht, im Bürgerkrieg gewaltsam seine Diktatur zu errichten. Österreich ist militärisch viel schwächer als seine reaktionären Nachbar-

staaten, und die Hauptzentren der Kraft des österreichischen Proletariats liegen sehr nahe einer militärisch ungeschützten Grenze. Hier hätte jeder Bürgerkrieg die bewaffnete Intervention des Auslandes zur Folge. Es würde enden nicht mit der Diktatur des Proletariats, sondern mit der Diktatur ausländischer Besatzungskommanden.“²⁶⁸ Dieselbe These wurde im Leitartikel der „Arbeiter-Zeitung“ vom 5. September 1926 wiederholt, der die bis dahin geäußerten Kritiken am Programmentwurf beantwortete.²⁶⁹ Und am Parteitag 1931 sagte er: „Ich glaube nicht, daß heute einer revolutionären Diktatur in Österreich, umgeben von einer feindlichen kapitalistischen Welt, in einem Lande, das keinen Tag ohne fremde Rohstoffe und ohne fremde Lebensmittel leben kann, in einem Lande, das militärisch völlig wehrlos ist und dessen Hauptstadt man von drei Seiten her beschießen kann, ohne den österreichischen Boden auch nur zu betreten, ich glaube nicht, daß in diesem Ländchen sich eine revolutionäre Diktatur, solange die Revolution nicht rings um uns durch andere Länder geht, auch nur 14 Tage behaupten könnte.“²⁷⁰ Nach all dem war eine Revolution in Österreich ein Ding der Unmöglichkeit, der Versuch der Errichtung einer proletarischen Diktatur objektiv konterrevolutionär, weil er nur mit dem Sieg der Konterrevolution enden konnte.

Die internationale Lage schloß aber nicht nur jede gewaltsame Machteroberung aus, sondern bestimmte auch das Tempo des sozialistischen Aufbaus im Falle einer Machteroberung im friedlichen Weg und bei Beibehaltung der demokratischen Regierungsmethoden. 1919 hatte schon die „Arbeiter-Zeitung“ zum Sozialisierungsprogramm der Regierung Renner geschrieben, daß Österreich in der Sozialisierung nur weiterkomme, wenn „die beiden Industriestaaten, mit denen wir in den engsten wirtschaftlichen Beziehungen stehen (Deutschland und die Tschechoslowakei, H. F.), zu sozialisieren beginnen“.²⁷¹ Das Linzer Programm griff diesen Gedankengang auf und legte ihn als Richtschnur für die gesamte Partei fest: „Die sozialistische Gesellschaftsordnung kann aber nicht in einem einzelnen, kleinen, von den kapitalistischen Weltmächten abhängigen Lande aufgebaut werden, sondern nur in großen zusammenhängenden Gebieten, die die Voraussetzungen sozialistischer Planwirtschaft in sich schließen. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei wird daher nach der Eroberung der Staatsmacht im eigenen Lande die Vergesellschaftung der im Eigentum der Kapitalisten und der Großgrundbesitzer konzentrierten Produktionsmittel immer nur in dem Maße durchführen können, in dem die Entwicklung in den anderen Staaten bereits die Voraussetzungen dafür geschaffen haben wird.“²⁷² Von diesem Standpunkt aus mußte die Orien-

tierung auf die proletarische Diktatur als verantwortungslose Phantasterei erscheinen.

Der zweite Faktor, der gegen die Diktatur sprach, aber am Linzer Parteitag nicht zur Sprache kam, war das Verhältnis der Sozialdemokratie zur Bauernschaft. Unmittelbar nach dem Krieg war das Hauptargument, das dagegen ins Treffen geführt wurde, daß die Diktatur am Widerstand der Bauern zusammenbrechen werde.²⁷³ Am „Parteitag des Agrarprogramms“ 1925 hatte Bauer erklärt, daß die Hegemonie des Proletariats über die Bauernschaft nie zu einer Errichtung der proletarischen Diktatur führen dürfe, da in Österreich die Bauernschaft politisch bewußt sei und sich daher im Unterschied zu Rußland nicht entrechteten lasse. Die demokratische Methode sei die einzig mögliche, um die Bauern für die Sache der Arbeiter zu gewinnen.²⁷⁴ Auf dem Parteitag 1927 unterstrich er nochmals: „Jeder Versuch der bolschewistischen Diktatur macht die Bauern zu Todfeinden.“²⁷⁵ In Linz war von der Bauernschaft jedoch nur insofern die Rede, als deren Einbeziehung in die Politik der Sozialdemokratie unerläßlich war, um an die Regierung zu gelangen. Dabei ging man von vornherein davon aus, daß die Mehrheit der Bauern ihren Platz an der Seite der Sozialdemokraten hätten, und erst nach den Juli-Ereignissen 1927 trat die große Ernüchterung ein, als sie sich als stärkste Stütze der Reaktion erwiesen.

Zu diesen beiden Punkten, die gegen die Diktatur sprachen, kam noch der dritte, der entscheidendste: die Auffassung vom Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus. Diese hatte sich im Verlauf der Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus und durch die sozialdemokratische Reformarbeit in der Gemeinde Wien deutlich herauskristallisiert. In seiner Schrift „Bolschewismus der Sozialdemokratie?“ hatte Bauer nachgewiesen, daß es für das Proletariat Westeuropas aussichtslos sei, in einem Bürgerkrieg die Macht erobern und anschließend den Sozialismus aufbauen zu wollen. Der hochkomplizierte Wirtschaftsprozeß gestatte im Unterschied zum rückständigen Rußland keine Unterbrechungen in der Produktion und in der Verteilung der Produkte. „Jede Störung des gesellschaftlichen Stoffwechsels kann hier zur Hungerkatastrophe führen, in der die Revolution selbst untergehen müßte ... In West- und Mitteleuropa wird die proletarische Revolution darauf bedacht sein müssen, daß der gesellschaftliche Stoffwechsel nicht unterbrochen wird. Sie wird daher keine kapitalistische Organisation zerstören dürfen, ehe nicht die sozialistische Organisation bereitsteht, die sie ablösen und ihre Funktionen weiterversehen soll. Vor allem aber darf die proletarische Revolution

auch die internationalen Wirtschaftsbeziehungen nicht unterbrechen.“²⁷⁶ Die Enteignung der Betriebe müsse sich in geregelter, planmäßiger Weise vollziehen. Zu den wichtigsten Mitteln einer solchen „geregelten Expropriation“ gehörten die Steuern.²⁷⁷

Die russische Erfahrung habe gelehrt, daß die gewaltsame Expropriation noch lange nicht zum Sozialismus führe. Sozialismus bedeute weit mehr als Enteignung, das bedeute vor allem Lenkung und Leitung der Betriebe durch die Arbeiter selbst. Erst wenn sie dazu imstande seien, könnte das privatkapitalistische Eigentum in Gemeineigentum übergeführt werden. Noch fehlten den Arbeitern die geistigen und moralischen Fähigkeiten zur Bewältigung dieser Aufgabe.²⁷⁸ Im Verlauf einer langen Übergangsperiode, wo Sozialismus und Kapitalismus nebeneinander bestünden, würden allmählich die Voraussetzungen für die Regelung des Produktionsprozesses durch die Arbeiter selbst geschaffen.

Nach der Machteroberung durch die Sozialdemokratie könne der Sozialismus nur unter einer Bedingung über die kapitalistischen Elemente siegen: „Wenn die Erfahrung selbst zeigen wird, daß die vergesellschafteten Betriebe besser und billiger produzieren und dabei ihre Arbeiter und Angestellten besserstellen können als die kapitalistischen Betriebe.“²⁷⁹ Grundlegend dafür war eine friedliche politische und soziale Entwicklung, frei von irgendwelchen Erschütterungen, so daß eine Konkurrenz zwischen den sozialistischen und kapitalistischen Betrieben ermöglicht würde. Im Verlauf dieses Wettbewerbs müßten sich die Arbeiter die Fähigkeiten nicht nur zur Lenkung eines einzelnen Betriebes, sondern des gesamten Wirtschaftsprozesses aneignen. Die Aufrichtung einer Diktatur würde — selbst wenn die Arbeiterklasse sich an der Macht behaupten könnte — diesen Wettbewerb verhindern, die Macht des Beispiels würde verlorengehen und der Sozialismus seine Anziehungskraft auf noch indifferente Menschen verlieren. Darüber hinaus würde aber mit der politischen Unterdrückung des Bürgertums auch die Entrechtung der Arbeiter einhergehen, und an die Stelle der Selbstbestimmung der Arbeiter würde die Herrschaft einer Handvoll Diktatoren treten. Sozialismus sei die Selbstbestimmung der Arbeiter. „Der Zustand einer Diktatur, die alle wirklichen Entscheidungen in die Hände einer kleinen Gruppe von Leuten legt und legen muß, das ist nicht der Zustand, wo die initiative Rolle des Proletariats möglich ist, ohne die wirklicher Sozialismus unmöglich ist.“²⁸⁰ Aus dieser Stellungnahme, aus diesem unbedingten Festhalten an den individuellen Freiheitsrechten eines jeden einzelnen, gleich welcher Klassenzugehörigkeit, kommt das Erbe des Liberalismus zum Vorschein,

das Bauer nie leugnete, sondern oft hervorstrich.²⁸¹ Aus all dem ergab sich zwingend, daß ein Abweichen von der Demokratie einem Selbstmord gleichkam, sowohl beim Kampf um die Macht als auch bei der Machtausübung.

Das Linzer Programm beruhte nach Bauers Aussagen auf zwei Pfeilern: „Auf der einen Seite das konkrete Erkennen des Weges zur Macht und auf der anderen Seite die große intellektuelle und moralische Erziehungsaufgabe zu einer solchen Höhe der Klassensolidarität, wie sie in der Übergangsperiode notwendig sein wird. Indem wir dem Proletariat das zeigen, hoffen wir den Willen zur Macht auf das äußerste zu steigern und nicht in geringerem Maße den Kulturwillen der Arbeiter auf das höchste zu entwickeln. So hoffe ich, daß wir der österreichischen Arbeiterklasse ein Programm geben, ein Programm der Machteroberung, ein Programm des Kulturwillens.“²⁸² Die Erfüllung beider Aufgaben erforderte breiteste Demokratie, insbesondere in der Übergangsperiode, wo die Kulturaufgabe immer wichtiger wurde. Die Diktatur des Proletariats hatte keinen Platz.

Trotzdem fand dieses Wort Aufnahme im Programm. Es sprach von zwei Fällen, wo die Arbeiterklasse zu den Waffen greifen müßte: wenn die Bourgeoisie vor dem drohenden Wahlsieg die demokratischen Errungenschaften vernichten oder nach einem sozialdemokratischen Wahlsieg die sozialdemokratische Regierung gewaltsam zu stürzen versuchte.²⁸³ Diese Art von Diktatur unterschied sich aber grundsätzlich von der proletarischen Diktatur wie die Bolschewiki sie verstanden. Für diese war die Diktatur des Proletariats notwendig, um die Herrschaft der Arbeiterklasse gegenüber Restaurationsversuchen der Kapitalisten abzusichern. Sie war ein Regierungs- und Staatssystem. Für die Sozialdemokratie war die Diktatur lediglich ein Herrschaftsmittel und daher setzte sie Diktatur mit Bürgerkrieg und Gewalt identisch. Die Bolschewiki hingegen sagten, solange die Bourgeoisie über bewaffnete Formationen zur Niederhaltung der Arbeiterklasse verfügt, könne das Proletariat die Staatsmacht nur im Bürgerkrieg erobern. Die proletarische Diktatur war das Etappenziel, der Bürgerkrieg das einzige Mittel zu seiner Erreichung. Die proletarische Diktatur sei Demokratie für die Mehrheit und Unterdrückung für die Minderheit. Für die Sozialdemokratie war die proletarische Diktatur Bürgerkrieg und Terror in einem. Sie sprach immer von den „Mitteln der Diktatur“, und bestimmte die Diktatur auch nicht klassenmäßig: wer ist an der Macht, wer ist die herrschende Klasse?

Bauer hielt nur den einen Fall für wahrscheinlich, daß die Sozialdemokratie zur Gewalt greifen müsse, nachdem sie zur Mehrheit geworden war. Gewaltanwendung wurde von ihm vor allem als „Verteidigungsmittel der proletarischen Staatsmacht“²⁸⁴ in Betracht gezogen, für den Fall, daß die österreichische Bourgeoisie mit ausländischen Kräften die sozialistische Regierung entmachten wolle. Dann würde sich das Proletariat wehren „und sich so wie jede Klasse wehren, die eine Herrschaft erobert hat und in dieser Herrschaft bedroht ist“.²⁸⁵ Es ging keinesfalls darum, einen neuen Staatstypus zu schaffen, sondern mit Notverordnungen und wenn unbedingt notwendig unter Einsatz von Gewaltmitteln zu regieren bzw. die Regierungsausübung sicherzustellen.

Von der Möglichkeit, die Arbeiterklasse könne noch vor dem Wahlsieg zu den Waffen gezwungen werden, sprach auf dem Parteitag fast niemand. Man vertraute dem Schutzbund, der „Gewehr bei Fuß“ stehen würde und auf die sozialdemokratische Werbearbeit in Heer und Polizei, die diese Institutionen „neutralisieren“ sollte.²⁸⁶ Das war zweifellos die gewaltigste Fehleinschätzung, eine Überschätzung der eigenen Stärke, die jedoch nicht nur bei der Linken, sondern auch bei der Rechten in der Partei zu finden war. Anton Falle meinte, daß das Bürgertum in Österreich nur dann die Demokratie sprengen würde, wenn die Sozialdemokratie an der Macht sei. Dieser Fall sei jedoch sehr unwahrscheinlich, denn die Bürgerlichen hätten noch viel wirksamere Mittel als die Gewalt, um eine sozialistische Regierung „umzubringen“.²⁸⁷

Der Parteitag rechnete im Grunde nicht wirklich mit der Notwendigkeit des Einsatzes von Gewaltmitteln. Daher wurde die Parole ausgegeben, die Arbeiterklasse in „ständiger organisierter geistiger und physischer Bereitschaft zur Verteidigung der Republik“²⁸⁸ zu halten. Die Wehrpolitik des Schutzbundes hatte damit das festumrissene Ziel, die Vorbereitung auf die bewaffnete Auseinandersetzung, verloren. Es blieb das Exerzieren übrig, wobei niemand sagen konnte, wofür es gut sei: ob es eine Schulung für den bewaffneten Kampf oder nur zum Zweck der Drohung gegenüber dem Bürgertum da sei.

Die beiden Möglichkeiten der Gewaltanwendung sind daher unterschiedlich zu beurteilen. Den ersten Fall, die „Sprengung“ der Demokratie vor dem Wahlsieg, hoffte man durch den Schutzbund zu vermeiden, der zweite Fall war so weit entfernt, daß nichts Genaueres darüber ausgesagt werden konnte. Man bekannte sich prinzipiell zur Defensivgewalt, schloß sie aber in ihrer Anwendung auf die aktuell politische Situation aus. Nicht Vorbereitung auf ein genaues Ziel, sondern „Bereit-

sein ist alles“²⁸⁹ war die Devise. Wie der Schutzbund, so waren auch die Aussagen über die Gewalt im Linzer Programm nichts anderes als Aufforderungen an die Bourgeoisie, nicht zur Gewalt zu greifen. Der Handelnde war nicht die Sozialdemokratie, sondern die Gegenseite, von ihr hing alles ab, bei ihr lag die Initiative. Die Worte über eine mögliche proletarische Diktatur waren kein positives Ziel der Sozialdemokratie, sondern eher der mißglückte Versuch, das Bürgertum mit großen Worten einzuschüchtern. Das zeigte sich deutlich an den Diskussionen. Für den Fall, daß die Bourgeoisie zur Gewalt greife, würde die Arbeiterklasse zu denselben Mitteln greifen. Aber im gleichen Atemzug wurde breit ausgeführt, welches Unheil so etwas über das ganze Volk bringen und jeder sich fragen mußte, warum denn eigentlich.

Bauer hatte bei der Diskussion dieser Frage den Ernst des aufgeworfenen Problems unterstrichen: Jedes Wort, das eine Massenpartei spreche, sei mit der „schwersten Verantwortung belastet“.²⁹⁰ Es taucht dabei die Frage auf, ob es nicht auch Verantwortungslosigkeit sei, in ein Programm das Wort über die Diktatur aufzunehmen, ohne daran zu denken, sie zu verwirklichen. Denn alle Tatsachen, die internationale Lage, die Lage in Österreich, die Politik in der Übergangsperiode erforderten nach der allgemeinen Auffassung die breiteste Demokratie und die Vermeidung von wirtschaftlichen und politischen Erschütterungen. Lenin, von Bauer manchmal der Verantwortungslosigkeit geziehen, war sich dieser offensichtlich besser bewußt, als er gegen Leute wie Otto Bauer schrieb, die das Wort von der proletarischen Diktatur manchmal im Munde führten: „Diktatur ist ein großes, hartes, blutiges Wort, ein Wort, das den erbarmungslosen Kampf zweier Klassen, zweier Welten, zweier weltgeschichtlicher Epochen, einen Kampf auf Leben und Tod ausdrückt. Mit solchen Worten darf man nicht leichtsinnig umgehen.“²⁹¹

Es war vor allem die Folge des akademischen Streits zwischen Max Adler und anderen Vertretern der Linken, der sich um die Definition des Begriffs der Demokratie entspann, daß das Parteiprogramm etwas radikaler ausfiel als der Entwurf. Adler meinte, nach der ursprünglichen Marxschen Auffassung schließe die proletarische Diktatur die Demokratie nicht aus. Dieser Diktaturbegriff sei durch die Bolschewiki und durch ihre Praxis entstellt worden, aber die revolutionäre Sozialdemokratie könne auf diesen Begriff nicht verzichten. Man müsse ihm einen anderen Sinn geben als er durch die russische Revolution erhalten hatte. Wenn er entstellt worden sei, sei es eine wichtige Aufgabe, ihm den ursprünglichen Sinn wiederzugeben. Gerade für die Wiederver-

einigung der Arbeiterbewegung sei es eine wichtige Sache, an den alten revolutionären Sätzen und Lehren festzuhalten und nicht den Bolschewiki zu ermöglichen, sich als die Fortsetzer der revolutionären Traditionen aufzuspielen. Die Diktatur des Proletariats sei das alte Ziel der Arbeiterbewegung gewesen und die Sozialdemokratie dürfe es nicht fallenlassen, einfach aus dem Grund, weil die Bolschewiki dieses Ziel durch ihr Experiment in Mißkredit gebracht hätten.²⁹² Karl Renner polemisierte heftig dagegen, beteiligte sich jedoch nicht weiter an der Diskussion über theoretische Fragen, sondern versuchte die Aufmerksamkeit auf praktische Probleme zu lenken.²⁹³ Wie er später sagte, sei er auf diese schädlichen Positionen nicht eingegangen, weil für ihn die Parteitage „kein Diskussionsklub (sind), wo man wissenschaftliche Lehrmeinungen erörtert und entscheidet“.²⁹⁴

Da man es allen recht machen wollte²⁹⁵ wurde das Wort Diktatur trotzdem ins Programm aufgenommen. Wenn auch Max Adler mit seinen Auffassungen isoliert stand und alle übrigen Teilnehmer im Gegensatz zu ihm die „Illusionen des Bolschewismus“ für gefährlicher hielten als die „Illusionen der Demokratie“, trug dies zu den zweideutigen Formulierungen im Parteiprogramm bei. Leuthner erklärte dazu am Parteitag 1927: „Gewiß! Nirgends ist vielleicht ein so deutliches und ein wissenschaftlich so begründetes Bekenntnis zur Demokratie ausgesprochen worden wie in Linz. Und warum hat es doch nicht gewirkt, nicht einmal bei den eigenen Leuten, geschweige bei den Gegnern? Weil es bei all seiner Unbedingtheit, bei all seiner wissenschaftlichen Begründung immer mit Möglichkeiten nach rechts und links rechnete, die ja bestehen, die man aber in einem Augenblick, da man ein feierliches Bekenntnis zur Demokratie ausspricht, durchaus nicht in Worten zu kleiden bemüht ist.“²⁹⁶

Die Debatten über Demokratie und Diktatur lenkten von den wirklichen Problemen, die den „internationalen Sozialismus“ zerrissen, ab. Das war die Frage der Koalition, um das auch in der österreichischen Sozialdemokratie die ganze Erste Republik hindurch gerungen wurde. Die Passage, die darüber ins Programm aufgenommen wurde²⁹⁷, war so schillernd, daß der eine Flügel daraus die grundsätzliche Bereitschaft zur Koalition herauslas, während der andere sich darauf berief, um die Notwendigkeit der Opposition zu bekräftigen.²⁹⁸ Man wollte ins Programm nur aufnehmen, was „allen gemeinsam“²⁹⁹ war und das konnte nur geschehen, indem die wirklich brennenden Probleme der Politik ausgeklammert wurden. Die Folge war, daß bei der nächsten politischen Krise die Differenzen um so schärfer aufbrachen und der Weg zur

Lösung der Probleme immer schwerer gangbar war. Kaum ein Jahr nach dem Linzer Parteitag waren die Illusionen bezüglich der Einheitlichkeit der Auffassungen gründlich zerstört. Eine Einheit der Aktion konnte nach den Juliereignissen 1927 nur noch notdürftig hergestellt werden. Der Parteitag 1927 brachte die bisher unter der Decke schwelenden Gegensätze zum Entflammen.

3. Das Linzer Programm im Spiegel der Presse

Die „Reichspost“, das Sprachrohr der Christlichsozialen Partei, widmete dem Programmwurf die ganze erste Seite ihrer Ausgabe vom 9. August 1926. Im Leitartikel „Der Köder für die Dreihunderttausend“ wurden die wichtigsten Passagen kommentiert, die in einem zweiten Artikel (Untertitel: Bei den Bolschewiki in die Schule gegangen — Offizielle Radikalisierung — Die wichtigsten Sätze) zusammengefaßt wurden. Das neue Programm wurde als das „Programm des organisierten Gimpelfangs“ bezeichnet, durch das die Sozialdemokratie ihre Politik seit dem „Umsturz“ sanktionieren und gleichzeitig neue Schichten in ihr Lager einfügen wollte. Seine Besonderheit liege darin, daß es das Mittel zur Eroberung der Parlamentsmehrheit sein sollte. „Auf dieses Ziel haben sie seit den letzten Wahlen ihr ganzes Streben eingestellt; ihm haben sie ohne Rücksicht auf das Staatsinteresse und das Allgemeinwohl ihre Radautaktik im Parlament untergeordnet; ihm soll das Agrarprogramm dienen, das sie aufgestellt haben und von dem sie hoffen, daß es die Reihen der organisierten Parteigenossen mit Kleinbauern auffüllen werde; ihm soll auch das neue Parteiprogramm gewidmet sein, das offenbar von den Interessen der Agitatoren diktiert ist.“³⁰⁰ Weiters wurde die Feststellung getroffen, daß sich das neue Gesamtprogramm vorwiegend an die Arbeiter und Angestellten wenden könne, da für die Eroberung des Dorfes bereits das Agrarprogramm da sei. Das Ergebnis sei eine unverkennbare Radikalisierung. Trotz des „agitatorischen und radikalen Zuschnitts“ könne man aber aus einer Reihe von Programmstellen herauslesen, „daß die viele Mühe, die Mehrheit in Österreich zu erreichen, vergeblich sein könnte“.³⁰¹ Es beständen von zwei Seiten her Gefahren, Mitglieder und Wähler zu verlieren: einmal von seiten der Radikalen, die die Versprechen der Revolutionszeit noch immer nicht erfüllt sahen. Zum zweiten von den Arbeitern in den Wiener Gemeindebetrieben und in den Parteiunternehmungen, die den Sozialismus dort praktisch kennengelernt hätten.³⁰² Für den Fall, daß sich die „drei-

hunderttausend Gimpel“ nicht fangen ließen, hielten sich die Sozialdemokraten das Hintertürchen der Diktatur offen, um in die Ministerien zu gelangen. „Das neue Programm liebäugelt deutlich mit der Diktatur des Proletariats und findet nichts daran, daß durch Putsch und Bürgerkrieg, im Jargon, durch revolutionäre Mittel, die Macht im Staat erreicht werde. Für dieses Geständnis, das einen weiteren Unterschied gegen die Bolschewiken verwischt, wird man der Partei dankbar sein müssen. Es zeigt, daß man der demokratischen Gesinnung unserer Patentrepublikaner nicht über den Weg trauen darf. Niemand kann mehr überrascht sein, wenn sie sich heute oder morgen in der Rolle als Diktatoren versuchen wollen.“³⁰³ War dieser Leitartikel noch stark durch Agitation bestimmt, so trat dies bei der Berichterstattung über den Linzer Parteitag fast vollständig in den Hintergrund. Die Sachlichkeit und das Bestreben, den Kern der Debatten herauszukristallisieren und in knappen Zügen darzustellen, mutet fremd an angesichts der Tatsache, daß bereits lange vor der Veröffentlichung des Programmentwurfs die Sozialdemokraten als Rotfaschisten und die Wiener Gemeinderegierung als Rathausdiktatur bezeichnet wurden. Im Gegensatz zur „Neuen Freien Presse“ war die „Reichspost“ bestrebt, die Bedeutung des Programmparteitages herabzumindern. Die offiziellen Berichte über den Parteitag, schrieb sie, versuchten den Eindruck zu erwecken, „daß im Linzer Volksgartensalon so etwas wie Weltgeschichte oder doch österreichische Geschichte gemacht“ werde. In Wirklichkeit würden nur alte Theorien, Ladenhüter, die an jeder Straßenecke zu haben seien, wieder aufgewärmt.³⁰⁴ Über die Programmrede Otto Bauers ist jedoch unter anderem folgendes zu lesen: „Als Mittel zur Eroberung der Staatsmacht lehnte der Redner die Anwendung von Terror und Gewalt ab. Er verwirft auch die Aufrichtung einer ‚einseitigen Klassenherrschaft‘, zu der sich die ‚Arbeiterzeitung‘ vor einigen Tagen so nachdrücklich bekannt hat ... Die Einsetzung einer Diktatur sieht Dr. Bauer nur für den Fall vor, daß es der Bourgeoisie gelingen könnte, die Demokratie zu sprengen und das Proletariat die Macht im Staate durch einen Bürgerkrieg erobern müßte. Er warnt vor Straßenraufereien — der Schutzbund wird den Wink verstehen — er warnt auch vor dem Spiel mit dem Bürgerkrieg ... Die Frage, ob die Macht im Staate durch geistiges Ringen um die Seelen der Volksmehrheit oder mit Gewalt erobert oder ob sie dann diktatorisch oder demokratisch angewendet werden soll, ist in diesen Ausführungen des Wortführers der sozialdemokratischen Opposition ziemlich klar im Sinne eines friedlichen Wettstreites beantwortet. Die

sozialdemokratische Praxis stand aber in der letzten Zeit zu diesen theoretischen Bestimmungen in schroffem Widerspruch.“³⁰⁵ Diese Aussagen der „Reichspost“ verdienen um so größere Aufmerksamkeit, als nach den Juliereignissen 1927 so ziemlich das Gegenteil behauptet wurde. Als Kernpunkt des Programms wurde jedoch nicht die Stellung zur Demokratie hervorgehoben, sondern die Haltung zur Kirche. Es war der Bericht über die kulturpolitische Debatte des Parteitag, der unter der Überschrift stand: „Die Methode zur Eroberung der Macht.“ In der Kirche sahen die Christlichsozialen die wirksamste Stütze ihrer Macht und in der Kirche hatten die Sozialdemokraten besonders auf dem Land einen Gegner gefunden, an dem sie oft scheiterten. In großer Sachlichkeit wurden die beiden Positionen zur Kirche dargestellt, die sich auf dem Parteitag in den Auseinandersetzungen zwischen Otto Bauer und den Freidenkern besonders deutlich ausdrückten. Das „radikale Kulturkämpfertum“ habe sich jedoch trotz aller rhetorischen Künste Bauers nicht überzeugen, sondern nur in der Abstimmung besiegen lassen.³⁰⁶ Den Ausführungen Wilhelm Ellenbogens, der sich scharf gegen religiöse und freidenkerische „Fanatiker“ gewandt hatte, wurde breiter Raum gegeben und seine Aussagen wurden als Beispiel „sittlichen Ernstes“ hervorgehoben.³⁰⁷ Die Sozialdemokratie sei jedoch nach wie vor „Sklavin ihrer einbekannten materialistischen Weltauffassung“ und daher könne sie auch die sittlichen und religiösen Grundgesetze in der Politik und im sozialen Leben nicht zur Richtschnur ihres Handelns machen. Die Ausrichtung der Partei auf die Eroberung der politischen Macht suchte man am Schluß noch in Verbindung zu bringen mit der Herkunft einer Reihe sozialdemokratischer Führer aus dem jüdischen Milieu. „Sozialwissenschaftliche Forscher vertreten die Anschauung, es liege geistige Vererbung darin, daß in der Gedankenwelt der jüdischen Führer des Sozialismus der Traum von einem kommenden Reiche, einer neuen, von ihrem Geiste erfüllten weltlichen Herrschaft einen so breiten Raum einnimmt; jüdischer Messianismus habe diese moderne Umformung erhalten. Hört man die Kundgebungen des Führers der österreichischen Sozialdemokratie, verfolgt man, wie seine Gedankengänge beharrlich immer wieder zu der Eroberung der äußeren Macht zurückkehren, die dann dem Menschen alles Glück der Erde erschließen werde, so könnte man daran glauben. Es arbeitet auch im Kopf des jüdischen Konfessionslosen, der dürstend nach der Aufrichtung der sozialistischen Staatsmacht ruft, eine drangvolle Erwartung, die seine ganze Ideologie durchwuchert. Auch auf dem jetzigen Linzer Parteitag der österreichischen Sozial-

demokratie war wieder der Leitgedanke: Wie gewinnen wir die Macht, wie bauen wir am raschesten die sozialistische Herrschaft über den Staat auf?“³⁰⁸

Die „Neue Freie Presse“ hob in ihrem Kommentar des Programm-entwurfes ebenfalls den Gesichtspunkt der Machteroberung hervor. Der Entwurf gehe von der zuversichtlichen Stimmung aus, daß es nicht mehr allzu lange dauern würde, bis die Sozialdemokratie die Macht erobert habe. Daher gehe das Programm im Unterschied zu den früheren über die allgemeinen Ausführungen hinaus, „gewissermaßen in die Details, die nach Ansicht der sozialdemokratischen Führer bald unmittelbare Aktualität haben können“.³⁰⁹

Aus dem Entwurf selbst sei zum ersten „ein sehr eingeschränktes und sonderbar formuliertes Bekenntnis zur demokratischen Republik“ herauszulesen. Der zweite wichtige Gesichtspunkt sei die Lehre von der Hegemonie des Proletariats. Die nichtsozialdemokratische Öffentlichkeit müsse für diese Offenheit dankbar sein, denn bei den kommenden Wahlen würde es viele zum Nachdenken bringen, wenn sie schwarz auf weiß zugesichert bekommen, ihre Stimme diene dazu, „einer Klasse gegen die andere und über die andere zur Herrschaft zu verhelfen“.³¹⁰

Weiters schrieb sie, daß es die Aufgabe eines „wirklichen Demokraten“ sei, „bei einem Angriff auf die Verfassung für ihren Schutz zu sorgen, und wer offen zugibt, daß er in diesem Falle nur die Verwirrung benutzen würde, um seine Privatgeschäfte zu erledigen und die eigene Diktatur zu errichten, der wird kaum noch als Demokrat angesprochen werden können“.³¹¹ Sie stellte weiterhin ein zum Zweck des Wählerfangs berechnetes Einlenken in der Frage der Kirche fest und warnte vor den Versuchen, Heer und Polizei zu einem sozialistischen Parteiinstrument zu machen. Beim Kampf um den Aufbau des Sozialismus würden die gemeinwirtschaftlichen Anstalten „in bürgerlichen Kreisen nur ein Lächeln hervorrufen“. Interessant sei das Einbekenntnis, daß die Entscheidung für den Sozialismus nicht in Österreich, sondern in den anderen Ländern fallen müsse. Im Entwurf komme das Bestreben der Führer zum Ausdruck, nach beiden Seiten Position zu wahren und „den Radikalen ebenso nach dem Mund zu reden wie denen, die erst für die große Heilslehre gewonnen werden sollen“.³¹²

Im Gegensatz zur „Reichspost“ widmete sie der Debatte um Demokratie und Diktatur auf dem Parteitag größte Aufmerksamkeit und stellte vor allem Max Adler in den Vordergrund, der ihrer Meinung zu-

folge gegen den Willen der Führer zuviel aus der Schule geplaudert habe. Bauers zurückhaltende Position sei nur reine Taktik. Sein Bekenntnis zur Demokratie sei zwar äußerst zweideutig, aber gewiß bedeutsam und es wird „nicht möglich sein, wie dies bisher so oft geschehen ist, plötzlich mit der Straße zu drohen und plötzlich mit erhobener Faust dem Parlament gegenüberzutreten, wenn es nicht so handelt, wie es die Opposition verlangt“.³¹³ Das Programm selbst stecke voller Widersprüche. Vor allem sei es eine Illusion, das Kleinbürgertum für die Sache der Sozialdemokratie gewinnen zu wollen. Wenn jemand in Österreich reaktionär sei, so diese Schicht. Absurd sei es zu glauben, das Bürgertum wolle eine Diktatur aufrichten. „Dem Bürgertum derartige phantastische und total unmögliche Absichten zu unterschieben, das kann doch nur auf dem Wunsche beruhen, das Gespenst der Gegenrevolution durch sozialen Militarismus und sozialen Imperialismus, mit einem Wort durch Gewaltanwendung zu bekämpfen.“³¹⁴

Vor allem das Bündniskonzept und damit der Weg zur Macht beruhe auf einer Utopie. Die Sozialdemokratie wolle ihre Klassenherrschaft mit klassenfremden Elementen aufrichten, mit den Bauern, die in Wirklichkeit gar nicht zu ihr gehören. Aber selbst wenn es ihr gelänge, die Mehrheit zu erringen, sei das noch kein Freibrief zum Aufbau des Sozialismus. „Das Zufallsvotum einer solchen Wahl“, herbeigeführt durch Unzufriedenheit, aus den Ereignissen der Vergangenheit, wäre „einfach Resultat einer Verärgerung, die binnen kürzester Zeit behoben werden kann“, wie dies in der Politik so oft geschehe.³¹⁵ Außerdem würden die internationalen Verhältnisse gegen die Zerstörung der gesellschaftlichen Verhältnisse sprechen. Selbst aus Otto Bauers Programmrede seien die Widersprüche und der utopische Charakter des Programms herauszulesen. Einerseits erkläre er, daß für Österreich der Sozialismus nicht ein Traum ferner Zeiten, sondern Aufgabe dieser Generation der Arbeiterklasse sei, andererseits hätte er durchblicken lassen, daß die Übergangsperiode Generationen dauern werde.³¹⁶

Aus dem Programm selbst könnten jedoch Gefahren für die Republik entstehen. Wenn in ihm auch ein Bekenntnis zu den demokratischen Methoden abgelegt werde, so rufe die Betonung der defensiven Rolle der Gewalt Gegenwirkungen auf der anderen Seite hervor, so daß der Zustand latenten Bürgerkriegs fortbestehe. An den entscheidenden Stellen des Programms springe immer wieder „die Lust am Terrorismus“ hervor. „Praktisch gänzlich unfruchtbar, theoretisch auf der Utopie beruhend, in den Mitteln wahllos, das ist das Wesen des neuen Partei-

programms in einer Epoche ungeheurer Gefahren für die Existenz und für das wirtschaftliche Wohlergehen von Österreich“.³¹⁷

Wirkliches Interesse wandte dem Programmentwurf nur die KPÖ zu; die „Rote Fahne“ widmete ihm dreimal soviel Leitartikel wie die „Arbeiter-Zeitung“. An der Struktur des Programms sowie an jeder Einzelfrage sollte der Verrat der Sozialdemokratie entlarvt und ihre Politik als objektiv der Bourgeoisie dienend enthüllt werden.³¹⁸ Das Programm sei durch und durch revisionistisch, mit einigen radikalen Phrasen bemäntelt — Ausdruck der Tatsachen, daß sich die Arbeitermassen radikalisierten und die Reformisten ihnen verbale Zugeständnisse machen müßten.³¹⁹ Der Wesenszug des Programms sei der Eklektizismus. „Es gibt zwei Arten von Parteiprogrammen. Die eine Art ist das wuchtige, richtunggebende, aus einem Guß gegossene Programm, das nicht nach links und nicht nach rechts sieht, das einen entscheidenden Gedanken konsequent zu Ende denkt ... und dann gibt es Parteiprogramme, die alles mitnehmen, was mitgenommen werden will. In solchen Programmen steht alles drin, einfach alles. Du willst eine linke These? Da hast du sie. Du willst eine rechte These? Da hast du sie. Ein solches Programm legt nun die Sozialdemokratische Partei Österreichs auf den Tisch.“³²⁰

Die Eroberung der Staatsmacht mit demokratischen Mitteln müsse notwendigerweise scheitern. Um den Sozialismus aufbauen zu können, sei die Zerschlagung, die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates notwendig. Selbst wenn die Sozialdemokratie an die Macht käme, ohne Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates würde ihre Politik eine bürgerliche bleiben und kein Schritt zum Aufbau des Sozialismus könne getan werden.³²¹ Von den Gegenwartsforderungen des Programms seien eine Reihe davon brauchbar, der Fehler bestehe darin, daß sie nicht auf den Sturz des Kapitalismus hinlenkten.³²² Das Programm sei nur scheinrevolutionär, die Übernahme einiger Übergangsforderungen und des Konzeptes der proletarischen Hegemonie von den Bolschewiki würde daran nichts ändern. „Sie hat die Form abgeguckt, in welcher der Bolschewismus seine Revolutionspolitik massenbegeisternd kleidet, nicht aber eben diese Revolutionspolitik.“³²³

Einen neuen Akzent bekam die kommunistische Kritik, als Bucharin in die Diskussion eingriff. Dieser hatte in der „Kommunistischen Internationale“ eine Kritik des Linzer Programms veröffentlicht, die die „Rote Fahne“ in fünf Folgen abdruckte und alle Parteigenossen darauf verpflichtete, mit ihrer Hilfe unter den sozialdemokratischen Arbeits-

kollegen politische Arbeit zu machen.³²⁴ Bucharin brachte Systematik in die Kritik. Zunächst wies er nach, daß infolge des Fehlens einer Analyse des Imperialismus und der daraus sich ergebenden mangelhaften Untersuchung der Entwicklung der Klassengegensätze die Notwendigkeit und die Möglichkeit des Sozialismus nicht mehr begründbar sei. Kein Wort sei über die Unvermeidbarkeit der Kriege und über die wichtigste Tatsache des 20. Jahrhunderts, über den sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion gesagt worden.³²⁵ Der zweite Abschnitt umfaßte die Kritik des Programms in seinem Bezug auf Österreich. Genausowenig wie der Imperialismus, genausowenig werde der österreichische Kapitalismus vom Klassenstandpunkt des Proletariats aus analysiert. Besonders deutlich zeige sich diese fehlende Analyse in der falschen Einschätzung der Rolle der Staatsmacht und in der Stellung der Sozialdemokratie zur Republik. Statt über den bürgerlichen Charakter der Republik aufzuklären stehe der Programmentwurf auf deren Standpunkt. Daraus lasse sich auch erklären, daß im Heer kein Organ der Klassenherrschaft der Bourgeoisie, sondern ein klassenneutrales Organ gesehen werde.³²⁶

Aus all dem gehe bereits klar hervor, wie der Weg zur Macht aussehe. „Wenn die ‚Republik‘ bereits unter dem Kapitalismus ausgebaut, nicht aber ein auf ihre Sprengung ausgerichteter Kurs eingehalten werden soll, was hat hier die Revolution, die Diktatur zu suchen?“³²⁷

Wenn die bürgerliche Demokratie ein Instrument der bürgerlichen Herrschaft sei, so sei es widersinnig, Heer, Polizei und Gendarmerie zu unterstützen. Wenn die Bourgeoisie ihre Machtstellung nicht freiwillig räumen werde, so sei es widersinnig, eine Koalition mit ihr einzugehen. Der Weg zum Sozialismus, den dieses Programm vorzeichne, sei ein „juristischer Kretinismus“.³²⁸

Über die gesamtösterreichische Presse hinaus fand der Linzer Parteitag auch in der Linzer Lokalpresse starken Widerhall.

Das sozialdemokratische „Tagblatt“ nahm den neuen Programmentwurf mit überschwenglicher Begeisterung auf. Es wehe „etwas vom Geiste des Marx-Engelschen Kommunistischen Manifestes aus diesem Programmentwurf, es ist die wuchtige Methode des großen Meisters, die hier ihre glänzende Anwendung findet“. Kein Gedankengang fehle, kein Wort sei zu viel.³²⁹ Meisterhaft sei die Entwicklung des Klassenkampfes seit dem Zusammenbruch der „letzten feudal-konstitutionellen Monarchien“ geschildert und in „geradezu klassisch materialistischer Betrachtung“ werde die „allerjüngste Gesellschaftsgeschichte aufgerollt“. Mit bestechender „Geschichts- und Gedankenlogik“ werde die Eroberung der Staatsmacht

als programmatische Forderung herausgeschält und dargelegt, daß die Sozialdemokratie bereit sei, die demokratische Republik mit Waffengewalt gegen Putschversuche des Bürgertums zu verteidigen. Die Klassengegner müßten „aus diesem mit erfreulicher und charaktvoller Offenheit ausgesprochenen Satze, wenn sie ebenso ehrlich sind, erkennen, daß die österreichische Sozialdemokratie Verteidiger und nicht Gegner der Demokratie sein will“.³³⁰ Der Übergang von der kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaftsordnung werde wiederum streng logisch folgernd und aus den Erfahrungen schöpfend dargestellt und sei daher das genaue Gegenteil einer „phantastisch-seherischen Utopie“. Aus dem ganzen Programmwurf spreche ein „tiefsittlicher Ernst und zugleich ein leuchtender, die Herzen erhebender Idealismus. Über das Ganze ist ein Schimmer der Geistigkeit gebreitet“, ein sittlicher Kulturwille rage aus ihm hervor, der jeden Sozialisten ergreifen und emporheben, jeden Gegner aber nachdenklich stimmen müßte.³³¹

Der Klassenkampf sei zwar das Mittel, aber nicht das Ziel der Sozialdemokratie. Er sei notwendig, um das Menschenglück gegen das kapitalistische Profitstreben verwirklichen zu können. Der Sozialismus erst ermögliche es den Menschen, ihre kulturellen Interessen zu befriedigen und aus diesem Grunde erhebe sich die programmatische Fixierung dieses Ziels zur „ethischen Höhe eines der Menschheit geltenden Manifestes, wie etwa die ‚Erklärung der Menschenrechte‘ der bürgerlichen französischen Revolution“. Es gehe „ein schöner Zug von erhebendem Idealismus durch diesen Entwurf“.³³²

Gegenüber bürgerlichen Vorwürfen, das neue Parteiprogramm enthalte eine „Demokratie auf Kündigung“ wehrte sie sich in der allerschärfsten Form und wies dies beleidigt zurück. Die ganze Vergangenheit beweise das genaue Gegenteil. Die Sozialdemokratie sei angefangen von den Wahlrechtskämpfen immer in vorderster Front im Kampf um die Demokratie gestanden. 1919 wo sie mit Leichtigkeit eine sozialistische Diktatur hätte aufrichten können, habe sie sich ohne Zögern für die Demokratie entschieden. „Als Demokraten lehnten die Sozialdemokraten Diktaturexperimente ab.“³³³ Eine Gefahr für die Demokratie und für die Republik gehe einzig und allein vom Bürgertum aus, denn die Bürgerlichen könnten „mit mathematischer Sicherheit den Zeitpunkt berechnen“, wo sie zur Minderheit im Parlament werden. In der monarchistischen Zeit hätten sie noch den Versuch unternehmen können, das Wahlrecht vor einem sich abzeichnenden Sieg der Sozialdemokratie zu ändern, in einer Demokratie sei das nicht mehr möglich. „Heute würde die Behauptung

der Staatsmacht durch eine bürgerliche Minderheit, die von der einstigen Mehrheit übriggeblieben ist, nur durch einen Putsch möglich sein.“³³⁴ Die Bourgeoisie hätte für diesen Fall die „Hakenkreuzler“ bereit und die Sozialdemokratie zur Abwehr eines Angriffs den „Schutzbund“. Es sei „beleidigend“ annehmen zu wollen, die Sozialdemokratie würde tatenlos zusehen, wie die Bourgeoisie ihre Putschtruppen organisiert. „Wenn die Bürgerlichen die Demokratie verleugnen — und nur für diesen Fall — dann retten wir die Demokratie auch durch undemokratische Mittel, um dann, wenn die Staatsgewalt in unsere Hände übergegangen ist, erst recht der Demokratie durch Aufrichtung der klassenlosen Gesellschaft der Arbeit, in der es nur politisch und wirtschaftliche Gleiche gibt, zum Siege zu verhelfen.“³³⁵

Die Eröffnung des Parteiparteitages in Linz war dann Anlaß, um die gewaltige Bedeutung dieses Ereignisses hervorstreichend. Es wurde Rückblick gehalten auf die Geschichte von Linz, das Hochburg des Liberalismus, Sitz des streitbaren Bischofs Rudigier und Ausgangspunkt der deutschnationalen Bewegung war. Das „Linzer Programm“ von 1881 sei entstanden aus den Reformbestrebungen des fortschrittlichen Bürgertums, das sich zugleich gegen die Slawisierungsbestrebungen der Habsburger wandte. Es habe parteibildend gewirkt, aber seine besten Kernsätze seien verlorengegangen, seien vom Deutschnationalismus verraten worden. In der Sozialdemokratie wirkten sie fort und das neue Linzer Programm der österreichischen Sozialdemokratie nehme diese fortschrittlichen Seiten wieder auf. Die Arbeiterklasse sei aus einer unterdrückten zu einer stolzen Klasse geworden, die nach der Macht im Staat greife.³³⁶

Der Linzer Parteitag, „der größte, den Alt- und Neu-Österreich je gesehen“, wurde als Wendepunkt in der Geschichte der Sozialdemokratie dargestellt. Jeder der Delegierten war „von dem erhebenden Gedanken getragen, einem historischen Geschehen beizuwohnen, das in das Schicksal des einzelnen und einer ganzen Klasse für die nächste Zukunft und ihre Generationen bestimmend eingreifen wird“.³³⁷ Zugleich drücke sich in der Zusammensetzung des Präsidiums aus, wie weit es die Sozialdemokratie bereits gebracht habe. Seit als Wiener Bürgermeister führte den Vorsitz, ihm zur Seite waren Dametz, der Bürgermeister von Linz, und Muchitsch, Bürgermeister von Graz. Aus „allen Gauen Österreichs, aus allen Ländern unseres Bundesgebietes, aus den großen Städten, den Industriezentren, aus dem Flachland und den fernsten Alpentälern“ seien die Delegierten herbeigeeilt, um sich in Linz die Richtschnur für ihr Handeln zu schaffen.³³⁸ Die Debatten auf dem Parteitag hätten ein außerordentlich hohes

Niveau und zeichneten sich durch große Sachlichkeit aus. „Es ist gänzlich ausgeschlossen, daß unseren Gegnern je der Versuch gelingt, uns einen Parteitag nachzumachen; sie haben keine solche Debattenredner und sie haben keinen Otto Bauer als Referenten.“³³⁹

Die liberale „Tagespost“ meinte, daß es sich beim sozialdemokratischen Parteitag diesmal nicht um eine gewöhnliche Tagung handle, die nur lokalpolitische Bedeutung habe. Auch ginge es diesmal nicht darum, das in Oberösterreich etwas „fadenscheinig“ gewordene sozialdemokratische Parteiprestige etwas aufzumöbeln, dieser Parteitag erhalte eine gewisse grundsätzliche Bedeutung, weil sich die zweitstärkste Partei Österreichs ein Programm gebe, das erstens helfen solle, die parlamentarische Mehrheit zu gewinnen und das zweitens sagen solle, „was zu geschehen habe, wenn ihr die Eroberung der parlamentarischen Mehrheit gelungen ist“.³⁴⁰ Das Programm selbst stelle einen Kompromiß dar, da es sowohl dem revolutionären Flügel Rechnung trage und der kommunistischen Agitation den Wind aus dem Segel zu nehmen beabsichtige. Das geschehe dadurch, daß man mit der Diktatur des Proletariats drohe, falls „sich der Bourgeois etwa rühren sollte“. Auf der anderen Seite mache es „im Sinne der Evolutionisten der demokratischen Republik ein Kompliment“.³⁴¹ Worum es in Wirklichkeit gehe, das habe Friedrich Adler in einem Artikel ausgesprochen, in dem er die Ersetzung der Worte „Befreiung des arbeitenden Volkes“ durch „Klassenherrschaft des Proletariats“ im Programm forderte. Das Proletariat solle zur herrschenden Klasse und die bisher Herrschenden zu Unterdrückten werden. „Das ist die These der Radikalen, die sich von den Gemäßigten nur dadurch unterscheiden, daß sie offen das sagen, was sich die Gemäßigten nur denken.“³⁴² Außerdem wüßten die Gemäßigten, daß sie mit dem Gerede von der Diktatur des Proletariats die kleinen Leute nicht gewinnen könnten, die sie für die Parlamentsmehrheit bräuchten. Darüber hinaus sei ihnen völlig klar, daß die Machteroberung nicht von heute auf morgen durchführbar sei und zu diesem Zweck bauten sie für den Fall von Rückschlägen vor. „Darum ist ihr Lieblingsgedanke die Koalitionsregierung.“³⁴³ Sie stellte fest, daß Bauer die Errichtung einer einseitigen Klassenherrschaft ablehnte, meinte aber, daß die Formulierung „Demokratisch so lange wir können, Diktatur nur dann, wenn man uns zwingt und soweit man uns zwingt“ ein „recht dehnbarer Begriff“ sei.³⁴⁴

Auf dem Parteitag hätten die Praktiker Oberwasser bekommen und die großen Meinungsverschiedenheiten in einer Reihe von Fragen „sind mit Abänderungen des Programmes durch einen Kompromiß für die

Praxis überbrückt worden“.³⁴⁵ Das habe auch dazu geführt, sich „für den Begriff Demokratie und gegen den Begriff Diktatur zu entscheiden“.³⁴⁶ Wohl werde die Gewalt als Selbstzweck abgelehnt, aber die Frage bleibe immer noch offen: was geschieht, „wenn die Sozialdemokratie auf demokratischer Art die Mehrheit im Parlament erobert und sich bei einer Neuwahl vor die Gefahr gestellt sähe, sie wieder zu verlieren?“³⁴⁷ Insgesamt gehe aus dem Programm deutlich hervor, daß es für die Zwecke der praktischen Agitation zugeschnitten worden sei, von daher seien auch die radikalen Punkte zu verstehen.

Das christlichsoziale „Linzer Volksblatt“ meinte zum Programmentwurf, daß das erste Ziel die Erringung der Mehrheit im Wahlkampf, das letzte Ziel die „rote Alleinherrschaft und die Unterdrückung des Bürgertums“ sei. Zur Frage der Gewalt, wie das Programm sie bestimmte, schrieb es: „Wenn sich niemand muckt, wenn die Bürgerlichen sich selbst den Strick um den Hals legen, dann tuns die Roten auf friedlichem Wege, wenn aber Widerstand geleistet wird, dann gibt's Bürgerkrieg und Diktatur nach Moskauer Muster.“³⁴⁸ Das neue Machtprogramm sei geeignet, den Leichtgläubigen zu zeigen, wohin die Fahrt gehe. Es komme gerade rechtzeitig vor den nächsten Wahlen, um die Gleichgültigen aufzurütteln, und die Nörgler innerhalb der eigenen Partei würden etwas unsanft daran erinnert, daß der Feind vor dem Tore stehe.³⁴⁹

Auf dem Parteitag sei eine der wichtigsten Fragen gewesen, den aufgeputschten Elementen innerhalb der Sozialdemokratie zu erklären, daß sie ihr Ziel nur unter Vermeidung des Bürgerkriegs erreichen könnten. Man habe lange Zeit hindurch mit dem Gedanken einer Diktatur gespielt, so daß manche „schon recht lüstern darauf geworden sind“, wozu insbesondere die „Soldatenspielerei“ des Schutzbundes beigetragen habe. Außerdem drohe die kommunistische Konkurrenz ununterbrochen mit der Anwendung von Gewaltmitteln. Otto Bauer habe die „überhitzten Köpfe gleich vorweg ein wenig abgekühlt“ und ausgeführt, daß das Programm zur Gewinnung der Mehrheit diene. Allerdings dürften seine Ausführungen über die defensive Rolle der Gewalt nicht für bare Münze genommen werden. Solange die Sozialdemokratie ihre eigene Parteigarde unterhielt, dürfte man in ihrer scheinbar friedlichen Politik nichts als ein taktisches Manöver erblicken, bestimmt zur Anlockung von Wählern. Der Parteitag habe diesbezüglich Klarheit geschaffen, denn allen schönen Worten zum Trotz stehe der „blutige Bürgerkrieg mit allen schrecklichen Folgen drohend im Hintergrund“. Ihn zu verhindern liege in der Hand der Wähler und jede Stimme mehr für die Sozialdemokratie bringe ihn näher.³⁵⁰

Den Streit um die Definition des Begriffs der Demokratie, wie er zwischen Adler und Bauer ausgefochten wurde, interpretierte das Blatt: es drehte sich darum, ob die Sozialdemokratie die Demokratie als Übergangsphase hinnehmen solle, oder ob es für sie vorteilhafter wäre, gleich mit der Klassenherrschaft der Arbeiterklasse, mit der Diktatur zu beginnen. Für sie sei die Demokratie ein Mittel zur Klassenherrschaft, nicht zum Wohle des Staates. Desgleichen diene auch der Schutzbund nicht dazu, den Staat zu schützen, sondern um im gegebenen Moment die Diktatur des Proletariats in Österreich zu errichten; und zwar dann, „wenn aus der ‚Demokratie‘ nichts mehr zu holen ist, und das Bürgertum gegen die ‚friedliche‘ Sozialisierung bockt“.³⁵¹ Die Erklärung der Religion zur Privatsache sei nicht ehrlich gemeint, sondern nur ein Mittel zum Wählerfang, der „auch in die stillen Alpentäler hinausgetragen werden“ soll.³⁵² Besonders scharf wandte sich das „Volksblatt“ gegen die Forderung nach Abschaffung des § 144, denn das bedeute Straffreiheit für den Mord am Kinde im Mutterleib. „Jeder normal empfindende Mensch hält doch den Mord am jungen Leben für eine Barberei, gewisse rote Führer aber stellen das gesetzliche Verbot dieses Mordes als Barbarei hin!“³⁵³

Insgesamt hätten die Debatten auf dem Parteitag rein akademischen Charakter gehabt. „Die Welt bewegt sich eben nicht nach den Wünschen der Sozialdemokraten, selbst unser kleines Österreich nicht.“ Überall sei der Marxismus im Rückzug begriffen und das kleine Österreich sei der „am wenigsten geeignete Schauplatz für sozialdemokratische Zukunftsexperimente und Utopien“. Einmal habe man das schon mitgemacht und neue Versuche würden kaum mehr anders enden.³⁵⁴

Die nationalsozialistische „Volksstimme“ ging auf den Parteitag nur ein, weil er ihr eine günstige Gelegenheit bot, ihre antisemitischen Hetztiraden anzubringen. Inhaltlich hatte sie nichts zu sagen und daher konnte sie sich nur über die Herkunft einiger sozialdemokratischer Führer auslassen: „Die gesamte judokratische Leitung der Marxistenpartei war vertreten. Die so ziemlich judenreine Parteileitung von Oberösterreich mag sich in dieser Umgebung sawohl gefühlt haben, in der Rolle der Renommier-Arier!“³⁵⁵ Auf dem Parteitag selbst werde wie immer dem Kapitalismus die schärfste Fehde angesagt. „Zum hundertsten Mal, dem produktiven Kapital, dem internationalen, dem jüdischen Kapital nirgends.“³⁵⁶ Denn die Eislers und die Bauers säßen in großer Eintracht sowohl in den Banken als auch in der Führung der „marxistisch-jüdischen Arbeitervertretungen“. Die Ausbeuter müßten wieder einmal verschwin-

den, „welche, wurde jedoch nicht gesagt. Von den jüdischen Börsengauern war keine Rede.“³⁵⁷

Zur Stellung zur Gewalt meinte sie, daß das für die Sozialdemokraten eine bloße Frage der Taktik sei. Ginge es nicht mit der „marxistischen Drohungsmelodie“, so würde man es mit der Diktatur versuchen. Seit Jahr und Tag verkünde die Sozialdemokratie die Segnungen der Sowjetdiktatur in Rußland. Offiziell wolle sie natürlich nichts mit dem Kommunismus zu tun haben, aber der Sache nach „sind beide so innig verbunden, daß nur die allerdümmsten Kälber sich heute noch täuschen lassen. Der ganze Unterschied besteht lediglich heute noch darin, daß der marxistische Führer nur noch am Parteiabzeichen zu erkennen ist, sonst aber eine satte bürgerliche Größe darstellt, während sich der Kommunistenthüptling noch darin gefällt, sich im Parade Arbeitskittel als Retter der Arbeiter aufzuspielen.“³⁵⁸

4. Das Linzer Programm und der 15. Juli 1927

In den Debatten auf dem Parteitag waren allgemeine politische und theoretische Fragen im Vordergrund gestanden, während die Probleme des unmittelbar bevorstehenden Kampfes nicht zur Sprache gekommen waren. Der akademische Streit um Demokratie und Diktatur hatte ein Problem auf die Bühne geschoben, über das kein unmittelbarer Anlaß für eine Diskussion bestand. Dadurch wurde abgelenkt von den aktuellen Problemen bei der Eroberung der politischen Macht: von der korrekten Einschätzung der eigenen Stärke und der Stärke des Gegners sowie von der Frage, durch welche konkrete Kampfschritte das Kräfteverhältnis zwischen den Parteien zugunsten der Sozialdemokratie verlagert werden könnte. Eine elastische Taktik, die mit Rückschlägen und Überraschungsvorstößen rechnete, war die Grundbedingung für einen sozialdemokratischen Sieg. Gerade das verhinderte aber das neue Parteiprogramm: es legte die Partei auf eine starre Position fest. Ein Rückzug wurde aus den Überlegungen ausgeschlossen, es gab nur den Weg nach vorn. Die Offensive, verstanden als linear verlaufende Aufwärtsbewegung³⁵⁹, wurde als unaufhaltsam gesehen. Nach dem Wahlerfolg im April 1927 schrieb Austerlitz, daß man getrost sagen könne: „Die österreichische Sozialdemokratie ist unbesiegbar.“³⁶⁰

Eine Verschiebung des Kräfteverhältnisses zugunsten des Bürgertums wurde nur noch durch einen gewaltsamen Umsturzversuch faschistischer oder monarchistischer Kräfte für möglich gehalten³⁶¹, denn das beschlossene Parteiprogramm bewies „wissenschaftlich“, daß auf dem Boden der

Demokratie bei Stärkung der Einheit der Arbeiterklasse und bei Festigung des Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft die bürgerliche Mehrheit zusammenbrechen müsse. Mit einem Putsch vor der Machteroberung rechnete man nicht ernsthaft, denn die österreichische Bourgeoisie sah man bereits so geschwächt, daß sie nicht ernsthaft sich mit solchen Plänen beschäftigen würde. Friedrich Adler hatte während der Diskussion des Programmentwurfs im „Kampf“ geschrieben, daß in Österreich die Bourgeoisie die bewaffnete Macht schon verloren habe, ohne daß es zur Gewaltanwendung gekommen sei. Daher brauche der Programmentwurf auch nicht von der Beseitigung der bewaffneten Macht der Bourgeoisie zu sprechen, sondern es gehe darum, „den gegenwärtigen Zustand zu erhalten“. Im Falle der Gewinnung der parlamentarischen Mehrheit sei die Herrschaft der Arbeiterklasse gesichert, denn die bewaffnete Macht sei bereit, der neuen herrschenden Klasse zu dienen.³⁶²

Die Einschätzung, die Sozialdemokratie stehe vor dem Ziel und niemand könne sie mit demokratischen Mitteln vom Griff nach der Macht zurückhalten, drückte dem Programm den Stempel auf. Um Versuchen, die herrschenden Machtverhältnisse gewaltsam zu ändern, vorzubeugen, müsse man das Proletariat in „geistiger und physischer“ Bereitschaft halten. Dem Bürgertum würde so die Aussichtslosigkeit solcher Unternehmungen klarwerden. Die Berufung auf die defensive Gewalt diene somit dazu, einen Zustand zu erhalten, wo es genüge, mit der Gewalt zu drohen und es nicht nötig wurde, zur Gewalt zu greifen.

Dieses „Programm der Machteroberung“ sollte bereits im Frühjahr 1927 lebendig gemacht werden, im bevorstehenden Wahlkampf sollte es das Ziel weisen und anfeuernd wirken. In ihrem Neujahrsartikel 1927 schrieb die „Arbeiter-Zeitung“, daß es diesmal „um das Ganze gehe“ und daß die ganze Partei diesen Kampf führe im „Geiste des Linzer Programms“.³⁶³ Das rote Wien stehe nach wie vor unerschütterlich und die Wahlen würden die Sozialdemokratie einen mächtigen Schritt hin zum roten Deutschösterreich bringen.³⁶⁴ Als im Jänner 1927 in den Bauernkammerwahlen im Burgenland ein Viertel der Sitze auf die Sozialdemokratie entfiel³⁶⁵ und sie zwei Monate später als stärkste Partei aus den Gemeinderatswahlen hervorging, jubelte sie, daß dies ein Sieg des Linzer Programms sei, das langsam aber sicher in den Bauerndörfern „seinen Einzug hält“.³⁶⁶ Diese Wahl sei ein Vorbote des Sieges und als am 24. April die Sozialdemokratie in Wien fast 700.000 Stimmen erhielt, „eine Zahl, vor deren Gewalt und Größe man sich in wahrer Ehrfurcht beugen muß“³⁶⁷, erklärte der Parteivorstand, „daß wir auf dem Marsch zur Macht

sind“.³⁶⁸ Otto Bauer rief in einer Rede am 27. April aus: „Noch ein- oder zweimal und es ist aus mit dem bürgerlichen Regieren! Das ist für uns der wirkliche Sinn dieser Wahl. Das Wiener Rathaus haben wir unbesiegbar gemacht und im Parlament haben wir unsere Schützengräben wieder ein gutes Stück vorgeschoben. Sie sind noch in der Festung drinnen, diese Festung fällt nicht morgen oder übermorgen, aber wir wissen, sie fällt. Nicht in fernen Generationen, sondern wir alle wollen es noch erleben, daß sie fällt!“³⁶⁹ Den bürgerlichen Parteien dürfe man keine Zeit zum Sammeln geben, man müsse sofort nachstoßen, das eroberte Feld absichern und die ersten Maßnahmen für den nächsten Wahlkampf treffen.³⁷⁰ Die Macht der Sozialdemokratie und ihre Stärke schien durch nichts mehr zu erschüttern, immer näher schob sie sich an ihr einziges Ziel heran.

Die spontane Massendemonstration, die nach dem Freispruch der Mörder von Schattendorf die sozialdemokratische Führung überraschte und beiseite schob³⁷¹, zerstörte jäh diese Hoffnung, und das Bewußtsein, eine entscheidende Niederlage erlitten zu haben, saß tief.³⁷² Der nur lückenhaft durchgeführte Verkehrstreik zeigte, daß die Sozialdemokratie nicht der monolithische Block war, als den sie sich bisher ausgegeben hatte. Vor allem hatten diese Ereignisse den Blick freigelegt für die Einschätzung der realen Machtverhältnisse in Österreich.³⁷³ Der Weg zur Macht, bisher als lineare Aufwärtsbewegung verstanden, war jäh unterbrochen worden und man suchte, sich auf der erreichten Höhe festzuklammern. Die Frage wurde aufgeworfen, ob die Sozialdemokratie zum Entscheidungskampf hätte antreten sollen. Sie wurde mit einem klaren Nein beantwortet. Dabei berief man sich nicht auf das eben verabschiedete Parteiprogramm, das „grundsätzlich“ die Frage der Gewalt geklärt hatte, sondern griff auf die alten „Opportunitätsargumente“ aus der Zeit nach dem Kriege zurück. Die Sozialdemokratie hätte es nicht wagen können, in Wien die Herrschaft aufzurichten, sie wäre am Widerstand der Länder zerschellt. Aus den Julikämpfen wurde nicht etwa der Schluß gezogen, daß sich die Gegensätze weiter zuspitzen und die bürgerlichen Kräfte zur Gewalt greifen könnten, um die Arbeiterbewegung niederzuwerfen. Bourgeoisie und Proletariat würden beide den demokratischen Weg gehen. „Da die proletarische Revolution an den Ländern, der bürgerliche Faschismus an Wien eine unüberwindliche Schranke findet, bleibt sowohl dem Proletariat als auch der Bourgeoisie bei der Strafe des Untergangs des Landes nichts anderes übrig, als ihre Kämpfe auszufechten mit den Mitteln und in den Formen der Demokratie“.³⁷⁴ Der 15. Juli war das

klare Zeichen, daß die Sozialdemokratie von der „defensiven Gewalt“ reden, aber sie nicht anwenden würde. Der Widerspruch zwischen Worten und Taten war aufgerissen worden wie nie zuvor, denn kurz zuvor war ja gerade das neue Programm verabschiedet worden.

Mit der Aufdeckung der realen Machtverhältnisse, als klar wurde, daß die Bourgeoisie ihre bewaffnete Macht durchaus nicht verloren hatte, stürzte die gesamte auf die Machteroberung ausgerichtete Politik zusammen. Die Bekräftigung, daß man Defensivgewalt einsetzen wolle, war bedeutungslos geworden als klar war, daß die Bourgeoisie über die stärkeren Machtmittel verfügte.

Das Linzer Programm war in einer Situation beschlossen worden, wo man mit einer Hand schon die Macht zu fassen glaubte und sich der Hoffnung hingab, den Sozialismus noch in dieser Generation verwirklichen zu können. Kaum ein Jahr später sah sich Otto Bauer zu folgender Aussage gezwungen: „In der Geschichtsphase, in der wir leben, können sich sozialistische Parteien nicht die Überwindung des Kapitalismus zum nächsten, unmittelbaren Ziel setzen, sondern nur die oder jene Reform am Kapitalismus. Nicht den Kapitalismus zu überwinden, sondern es sich innerhalb des Kapitalismus einigermaßen behaglich einzurichten, erscheint so als die nächste, unmittelbare Aufgabe.“³⁷⁵ Wenn etwas die Kraft der Sozialdemokratie lähmte, so war es gerade dieses Eingeständnis. Jahre hindurch hatte man die ganze Aufmerksamkeit der Arbeiter „ununterbrochen auf Machtfragen gelenkt“³⁷⁶, zu diesem Zwecke ein eigenes Programm geschaffen, und mit einemmal war alles vernichtet. Der Traum hatte sich verflüchtigt, das Endziel war nicht mehr Gegenwartsaufgabe, sondern Zukunft. Gerade am Höhepunkt ihrer Macht mußte sie diese Niederlage einstecken, die um so schwerer zu ertragen war und das Gefühl der Ohnmacht verstärkte.³⁷⁷ Diese Zerstörung aller Pläne und Hoffnungen wirkte niederschmetternd und diese Schockwirkung war es, die die Sozialdemokratie paralyisierte und einen Demoralisierungsprozeß einleitete, der sie gegenüber den bürgerlichen Kräften immer wehrloser machte und den Otto Bauer immer wieder, aber vergeblich, aktivistisch zu durchbrechen versuchte.³⁷⁸ Die gesamte Orientierung auf die Macht war es, die entscheidend zu ihrer Niederlage beitrug. Denn sie rechnete nicht mit einem wirklichen Angriff von bürgerlicher Seite und als der Sturmstoß kam, brach das ganze Gebäude zusammen. Bis zum Juli 1927 hatte man immer nur sich selber gesehen, die Zunahme der Parteimitglieder, diese und jene Posten in den Landtagen und im Gemeinderat, den Aufbau des Schutzbundes. Aber man sah nicht, daß die bürgerlichen Kräfte

sich ebenfalls rüsteten, leiser aber tatkräftiger. In der Bourgeoisie sah man nur noch eine absterbende, verfaulende Gesellschaftsschicht³⁷⁹, unfähig zu regieren und auch unfähig, der aufstrebenden Arbeiterklasse Widerstand entgegenzusetzen. Der 15. Juli hatte erst die Verschiebung der Kräfteverhältnisse und die Erstarkung der Bourgeoisie sichtbar gemacht, die sich im Verlauf von sieben Jahren beinahe „unmerklich“ in der staatlichen Verwaltung und in der bewaffneten Macht vollzogen habe.³⁸⁰ Es habe sich herausgestellt, daß der Aufstieg der Arbeiterklasse „kein stetiger, sondern als dialektischer Prozeß“ sei. „Jeder Machtzuwachs, den wir erobern, hat zunächst zur Folge, daß sich unsere Gegner immer stärker gegen uns vereinen, immer stärker ihre Festungen gegen uns ausbauen.“³⁸¹ Das Linzer Programm beruhte demnach auf einer Überschätzung der eigenen Kräfte und der eigenen Möglichkeiten. Es ging nach dem 15. Juli nicht mehr um die Eroberung der Festung, sondern um die Absicherung der Verteidigungslinien. Damit hatte es seine wirkliche Bedeutung verloren. Völlig überholt war vor allem der Abschnitt über die defensive Rolle der Gewalt, denn die Anwendung von Gewalt wurde nur im Zuge einer sozialdemokratischen Offensivbewegung in Betracht gezogen.

So verschwand das Programm immer mehr aus dem Gesichtsfeld, bis es Anfang der dreißiger Jahre von Einzelnen wieder in die Diskussion gebracht wurde. Dabei wurde ihm eine völlig neue Funktion zugewiesen. Nicht mehr als Gegenwartsprogramm, sondern als Programm, das die Zukunft der Bewegung weise, sollte es zur Mobilisierung der Massen eingesetzt werden. Es sollte ihnen zeigen, daß der Sozialismus trotz der erstarkenden Reaktion das Endziel der Arbeiterbewegung sei. Es sollte verhindern, daß die Massen in endgültige Resignation verfielen.

Je mehr die Sozialdemokratie in die Defensive gedrängt wurde, „positive Erfolge ungeheuer schwer zu erreichen“³⁸² waren, trat bei der Linken wieder der Gedanke ins Zentrum der Überlegungen, daß eigentlich nur der revolutionäre Sturz des Kapitalismus eine Lösung der historischen Aufgaben der Sozialdemokratie bringen könnte.³⁸³ Da aber infolge der internationalen Situation, infolge des Erstarkens des Faschismus eine Revolution nicht möglich erschien, waren diese Überlegungen jedoch kein Gegenstand ernsthafter Auseinandersetzung und aktueller Entscheidungen. Sie dienten einfach dazu, über die triste Gegenwartslage hinwegzukommen und die immer stärker werdende Resignation zu durchbrechen. So meinte Käthe Leichter auf dem Parteitag 1931, daß es in dieser Zeit so sei, „daß die Bewegung nichts ist, wenn nicht das Ziel alles

ist“, man dürfe nicht in der Reformarbeit aufgehen und zu diesem Zwecke solle man wieder das Linzer Programm aus dem „Winkel“ hervorholen und zwar nicht nur bei „feiertäglichen Anlässen“.³⁸⁴

Das Linzer Programm stand und fiel mit der Bestimmung des Sozialismus als Gegenwartsaufgabe und mit der Einschätzung, daß die Bourgeoisie im Grunde ihre Macht bereits verloren habe. Daher erfuhr nach dem 15. Juli auch die Stellung zu Demokratie und Diktatur eine wesentliche Akzentverschiebung. In Linz hatte man noch mit der Vorstellung gespielt, daß aus der Verteidigung der Demokratie eine proletarische Klassenherrschaft hervorzunehmen könnte. Nach dem 15. Juli, als man die Überwindung des Sozialismus von der Tagesordnung absetzte, war es offensichtlich ein Unding, von der Errichtung einer proletarischen Diktatur zu sprechen. Möglich blieb nur die Stärkung der bereits erreichten Position. Ein solcher Fall war im Linzer Programm in Wirklichkeit gar nicht vorgesehen. Dort war die Gefahr einer faschistischen Diktatur nur im Zusammenhang mit einer möglichen Machteroberung durch die Sozialdemokratie in Betracht gezogen worden. Defensive Gewalt sollte für den Fall angewandt werden, daß die demokratische Offensive gewaltsam gestoppt werde. Anfang der dreißiger Jahre rankte sich alles um die Erhaltung der Demokratie. Man rechnete nicht damit, daß aus der Abwehr eines faschistischen Putsches der Kampf um den Sozialismus hervorzunehmen würde und man nahm darauf auch nicht Kurs. Bestenfalls gab es diesbezüglich einige Phrasen, aber das war nicht die Wirklichkeit. Auf dem Parteitag 1932 sagte Otto Bauer sehr offen: „Das Problem steht heute nicht zwischen Kapitalismus und Sozialismus; diese Entscheidung ist hierzulande nicht herbeizuführen, sondern im Augenblick stehen wir hier vor einer ganz anderen Frage. Umzingelt von den reaktionären Staaten rings um uns, vom Faschismus im Süden, Südosten, im Osten und im Westen ist es die ungeheuer schwere, ungeheuer große, aber auch ungeheuer ruhmvolle Aufgabe des österreichischen Proletariats, hier eine Insel demokratischer Freiheit zu erhalten.“³⁸⁵ Bauer hätte jedoch seine ihm eigentümliche Art verlassen, wenn er nicht versucht hätte, diese Aussage abzuschwächen. So behauptete er mitten in seiner Rede und völlig zusammenhanglos, daß falls die Bourgeoisie die Arbeiterklasse zum Kampf zwingt, der Kampf zur Abwehr der Reaktion über die „Bourgeoisrepublik hinaus zum Sozialismus“ führen werde. Dieser Widerspruch war Ausdruck der Tatsache, daß die linken Sozialdemokraten am Endziel festhielten, es aber nicht mit den Tagesaufgaben verbinden konnten. Man sprach vom Sozialismus, stellte aber die Unmöglichkeit seiner Ver-

wirklichkeit fest. Die Rechten zogen daraus die Konsequenz und sprachen nur noch von der Reform, die Linken konnten sich zu diesem Schritt nicht entschließen, und daher die Halbheiten und Schwankungen und die Hülle revolutionärer Phrasen. Dieser Widerspruch zwischen Worten und Taten war seit der Republikgründung vorhanden gewesen, im Linzer Programm war er dadurch verdeckt worden, daß man das Endziel des Sozialismus zur Gegenwartsaufgabe erklärte. Der 15. Juli zerriff diese Illusion und dieser Widerspruch mußte um so schärfer aufbrechen. Mit Händen und Füßen wehrte man sich, das sozialistische Ziel aufzugeben, nachdem man in der politischen Praxis auf den Kampf um den Sozialismus bereits verzichtet hatte. „Es heißt, den Geist der Partei bewahren. Es gilt, den Glanz der Partei zu retten. Der wird nicht beeinträchtigt durch politische Zugeständnisse: auch eine Koalition braucht ihm nicht Abbruch zu tun. Er wird nur bedroht durch Zugeständnisse im Geistigen: gegen diese Gefahr gilt es sich zu bewähren!“³⁸⁶ Dazu mußten die revolutionären Phrasen erhalten.

Das war im Grunde bereits die Kapitulationserklärung der Sozialdemokratie. Der Demoralisationsprozeß war bereits so weit fortgeschritten, daß man der Bourgeoisie nicht mehr politisch, sondern nur noch geistig Widerstand leisten wollte. Die Phrasen sollten einen noch etwas aufmöbeln und einem vorspiegeln, daß alles nicht so schlimm sei. Dieser Widerspruch zwischen tatsächlicher Politik und den radikalen Worten hat wesentlich dazu beigetragen, daß sie immer unfähiger zu einer tatkräftigen Politik wurde, sich selbst entwaffnete und nur noch auf den Druck der bürgerlichen Kräfte reagieren konnte. Diese Trennung zwischen Politik und Ideologie, zwischen Theorie und Praxis hat die Sozialdemokratie zugrunde gerichtet.

Am Linzer Parteitag war eine Diskussion der brennenden politischen Probleme, um die seit Kriegsende in der Partei gerungen wurde, vermieden worden. Man schickte allgemeine politische Fragen, wie Demokratie und Diktatur in den Vordergrund und verdeckte dadurch die nächsten politischen Probleme, um die es wirklich ging und die die nächste politische Krise auf die Tagesordnung setzte: Koalition und Opposition. Es bedurfte des 15. Juli, um darüber die Debatte erneut zu entfachen. Gleichzeitig wurde klar, daß die Frage der Diktatur keine aktuelle war. Die vorhandenen Differenzen konnten nicht mehr verschleiert werden, denn es ging nicht mehr um „ein Weltproblem des Sozialismus“, sondern „um den Weg, den wir in der nächsten Zeit gehen wollen“.³⁸⁷ Während der Linzer Parteitag und das Linzer Programm ausdrückten, was die

Sozialdemokratie zu sein versprach, deckte der Parteitag 1927 auf, was die Sozialdemokratie war: eine uneinheitliche, zerrissene, unschlüssige Reformpartei, die sich vergeblich um die Erkämpfung des Sozialismus bemühte.

Renner meinte, daß in Linz Übereinstimmung darüber erzielt worden sei, die Staatsmacht zu erobern. Wie das zu geschehen habe, das müsse allerdings erst entschieden werden. Nicht die Frage der Diktatur, sondern Koalition und Opposition, das müsse beantwortet werden.³⁸⁸ Der Flügel um Renner leitete aus der Macht der Sozialdemokratie ihr Recht auf die Mitverwaltung des Staates ab. Die Linke meinte, die Arbeiterklasse könne nur als der stärkere Partner in eine Koalition gehen. Weiters wurde klarer die Notwendigkeit der Abgrenzung gegenüber den Kommunisten betont und die Partei auf größere Disziplin verpflichtet, damit die Kommunisten keine Möglichkeit hätten, störend einzugreifen. Es wurde betont, daß die Sozialdemokratie keine Diktatur anstrebe, sondern das Bündnis der Arbeiter und der Bauern gegen die Großkapitalisten und die Großgrundbesitzer.

Es war keine Rede mehr, daß aus der Verteidigung der Republik eine proletarische Klassenherrschaft hervorzunehmen könnte. Der Weg zur Macht, den das Linzer Programm skizziert hatte, war mit der Änderung der politischen Lage nicht mehr gangbar. Da sich keine neue Verschiebung des Kräfteverhältnisses zugunsten der Sozialdemokratie abzeichnete, mußte die Beibehaltung dieser Orientierung zur Verstärkung der Widersprüche und Halbheiten führen. Die „Neue Freie Presse“ umschrieb dies mit folgenden Worten: „Ein Königsgedanke schien es zu sein, in den Taten die Worte zu dementieren; staatsmännisch zu handeln mit den Allüren des Barrikadenhelden; die bürgerliche Gesellschaft, äußerlich wenigstens, am Leben zu lassen und zur gleichen Zeit den Kapitalistentöter zu spielen, der mit fletschenden Zähnen alles verspeisen möchte, was einem Bourgeois ähnlich sieht.“³⁸⁹

Der Parteitag 1927 hatte zwar den Blick auf die österreichische Wirklichkeit gelenkt, die Linke wurde in ihrer Position angeschlagen, die bisherige Orientierung in Frage gestellt. Dennoch gelang es nicht, einen neuen Kurs einzuschlagen. Einer der Gründe dafür war das Linzer Programm. In ihm war die seit 1923 eingeschlagene Politik abgesichert und zur Strategie der Partei erklärt worden. Eine Änderung dieser Taktik, eine „Neueinstellung der Politik“, hätte mehr als eine bloße Wende bedeutet. Sie wäre als eine Abkehr von den im Programm festgelegten Grundsätzen erschienen und hätte zur Liquidierung der austromarxisti-

schen Politik des Drohens und radikal Redens führen müssen. Da der Übergang von einer taktischen Position zu einer anderen als strategische Wendung erschien, mußte die Linke an ihren Phrasen festhalten, was dem Bürgertum den willkommenen Anlaß bot, die Sozialdemokratie als weit gefährlicher hinzustellen als sie es tatsächlich war. Dazu wurde auch das Linzer Programm herangezogen, denn in der Agitation konnte hervorragend das Wort von der proletarischen Diktatur ausgeschlachtet werden. Dabei spielte keine Rolle, ob es aus dem Zusammenhang herausgerissen wurde oder — zufällig — einmal der Sachverhalt richtig dargestellt wurde. Falsch wäre jedoch, im Linzer Programm selbst einen Faktor der Radikalisierung zu sehen. Es war nicht Ursache der Verhärtung der politischen Fronten. Vielmehr wurde es im Verlauf der Auseinandersetzung von bürgerlicher Seite herangezogen, um das Gespenst der „roten Diktatur“ an die Wand zu malen. Es ist durchaus ein Normalfall, mißverständliche Formulierungen des Gegners für die eigene Agitation auszuschlachten. Das machte die christlichsoziale Partei und das gelang ihr deshalb so gut, weil die Sozialdemokratie eine programmatisch abgesicherte Formulierung nicht so einfach zurücknehmen konnte.

Innerhalb der Sozialdemokratie spielte dieses Programm noch eine gewisse Rolle für die „Revolutionären Sozialisten“, aber als sich nach dem Krieg der rechte Parteiflügel endgültig durchgesetzt hatte, war für den Wortradikalismus kein Platz mehr. Auch das sozialistische Endziel verblaßte immer mehr, und mit der beginnenden Abkehr der SPÖ vom Marxismus bestand immer weniger Bedarf, daran erinnert zu werden. Mit der endgültigen Umwandlung der Sozialdemokratie in eine Reform- und Wahlpartei wurden auch die Halbheiten und Widersprüchlichkeiten abgelegt, die in diesem Wandlungsprozeß unvermeidlich waren und die im Linzer Programm sichtbaren Ausdruck gefunden hatten.

Anmerkungen:

- ¹ Arbeiter-Zeitung (AZ), 26. 10. 1918.
- ² AZ, 10. 12. 1918; Otto Bauer, *Die österreichische Revolution*, Wien 1965, S. 117
- ³ Otto Bauer, *Der Weg zum Sozialismus*, Wien 1919, S. 2.
- ⁴ AZ, 12. 11. 1918; AZ, 13. 11. 1918.
- ⁵ AZ, 10. 12. 1918.
- ⁶ Ebenda.
- ⁷ AZ, 29. 12. 1918; Otto Bauer, *Der Weg zum Sozialismus*, S. 2 ff.
- ⁸ AZ, 12. 11. 1918.
- ⁹ Ebenda.
- ¹⁰ AZ, 27. 11. 1918.
- ¹¹ Ebenda; Otto Bauer, *Demokratie oder Räte-System*, in: AZ, 25. 3. 1919.
- ¹² AZ, 27. 11. 1918.
- ¹³ Karl Kautsky, *Die Diktatur des Proletariats*, Wien 1918, S. 14.
- ¹⁴ AZ, 29. 12. 1918.
- ¹⁵ AZ, 1. 1. 1919.
- ¹⁶ AZ, 17. 2. 1919.
- ¹⁷ AZ, 5. 3. 1919.
- ¹⁸ AZ, 15. 3. 1919.
- ¹⁹ AZ, ebenda.
- ²⁰ Ebenda.
- ²¹ Otto Bauer, *Der Weg zum Sozialismus*, S. 30.
- ²² Räte-diktatur oder Demokratie, in: AZ, 27. 3. 1919.
- ²³ Weltrevolution? in: AZ: 28. 6. 1919.
- ²⁴ AZ, 28. 2. 1919; AZ, 28. 6. 1919.
- ²⁵ Julius Deutsch, in: *Parteitag-protokoll 1919*, S. 210.
- ²⁶ *Parteitag-protokoll 1919*, S. 153.
- ²⁷ *Parteitag-protokoll 1919*, S. 201.
- ²⁸ *Parteitag-protokoll 1919*, S. 204.
- ²⁹ Wilhelm Ellenbogen, *Das österreichische Betriebsrätegesetz*; in: *Der Betriebsrat*, 1. Jg. (1921), Nr. 25, S. 385.
- ³⁰ AZ, 12. 11. 1919.
- ³¹ AZ, 29. 12. 1918; vgl. Otto Bauer, *Der Weg zum Sozialismus*, S. 30 ff.
- ³² *Die Weltrevolution*, in: AZ, 27. 6. 1919.
- ³³ AZ, 14. 5. 1919.
- ³⁴ Wilhelm Ellenbogen, *Das österreichische Betriebsrätegesetz*, S. 385.
- ³⁵ AZ, 23. 12. 1919.
- ³⁶ Wilhelm Ellenbogen, *Das österreichische Betriebsrätegesetz*, S. 386.
- ³⁷ Otto Bauer, in: *Parteitag-protokoll 1919*, S. 209.
- ³⁸ AZ, 22. 2. 1919.
- ³⁹ AZ, 27. 4. 1919.
- ⁴⁰ AZ, 28. 3. 1919.
- ⁴¹ AZ, 31. 5. 1919.
- ⁴² Vgl. dazu v. a. Käthe Leichter, *Erfahrungen des österreichischen Sozialisierungsversuches*, in: *Der lebendige Marxismus. Festgabe zum 70. Geburtstag von Karl Kautsky*, hrsg. v. Otto Janssen, Jena 1924, S. 195 ff., bes. S. 249.
- ⁴³ AZ, 25. 4. 1920.
- ⁴⁴ AZ, 23. 10. 1920.
- ⁴⁵ Otto Bauer, *Kritiker links und rechts*, in: *Der Kampf 1927*, S. 444 f.
- ⁴⁶ Otto Bauer, in: *Parteitag-protokoll 1920*, S. 138 ff.
- ⁴⁷ Karl Renner, in: *Parteitag-protokoll 1927*, S. 144.
- ⁴⁸ *Parteitag-protokoll 1920*, S. 150.
- ⁴⁹ Vgl. die Darstellung und Zusammenfassung dieser Theorie bei Otto Leichter, Otto Bauer, *Tragödie oder Triumph?* Wien-Frankfurt-Zürich 1970, S. 265 ff.
- ⁵⁰ *Parteitag-protokoll 1921*, S. 153.
- ⁵¹ *Parteitag-protokoll 1927*, S. 144.
- ⁵² *Parteitag-protokoll 1919*, S. 171.

- ⁵³ Otto Bauer, Parteitagprotokoll 1923, S. 162.
⁵⁴ Vgl. dazu: Otto Bauer, Hoppla, wir leben, in: Der Kampf 1928, S. 3.
⁵⁵ Parteitagprotokoll 1923, S. 168.
⁵⁶ AZ, 6. 10. 1923; Vgl. dazu Karl Renner, Die christlichsoziale Partei und ihr veränderter Charakter, in: Der Kampf 1923, S. 293 ff.
⁵⁷ AZ, 6. 10. 1923.
⁵⁸ Ebenda.
⁵⁹ Ebenda.
⁶⁰ AZ, 24. 10. 1923.
⁶¹ AZ, 17. 11. 1923.
⁶² Parteitagprotokoll 1923, S. 158 f.
⁶³ Parteitagprotokoll 1923, S. 162.
⁶⁴ Parteitagprotokoll 1924, S. 170.
⁶⁵ Ebenda.
⁶⁶ Parteitagprotokoll 1924, S. 194.
⁶⁷ Parteitagprotokoll 1923, S. 168 f.
⁶⁸ Parteitagprotokoll 1923, S. 188 f.
⁶⁹ Parteitagprotokoll 1923, S. 199 f.
⁷⁰ Parteitagprotokoll 1923, S. 189 f.
⁷¹ Otto Bauer, Gewerkschaften und Sozialismus, in: Der Kampf 1913/14, S. 247.
⁷² Vgl. v. a. Karl Kautsky, Der Weg zur Macht. Herausgegeben und eingeleitet von Georg Fühlberth, Frankfurt 1972; Karl Kautsky, Was nun? in: Neue Zeit 1910/II; sowie Otto Bauer, Die alte und die neue Linke, in: Der Kampf 1920, S. 251
⁷³ Karl Kautsky, Der Weg zur Macht, S. 92 ff.
⁷⁴ Karl Kautsky, Was nun? S. 39.
⁷⁵ Karl Kautsky, Der Weg zur Macht, S. 47.
⁷⁶ Rosa Luxemburg, Ermattung oder Kampf, in: Neue Zeit 1910/II, S. 297/299.
⁷⁷ Anton Pannekoek, Massenaktion und Revolution, in: Neue Zeit 1912/II, S. 591 f.
⁷⁸ Norbert Leser, Zwischen Reformismus und Bolschewismus. Der Austromarxismus als Theorie und Praxis, Wien-Frankfurt-Zürich 1968, S. 142.
⁷⁹ Otto Leichter, Glanz und Ende der Ersten Republik. Wie es zum österreichischen Bürgerkrieg kam, Wien-Köln-Stuttgart-Zürich 1964, S. 25.
⁸⁰ AZ, 3. 7. 1927; vgl. AZ, 28. 5. 1927, AZ, 26. 10. 1924, AZ, 25. 10. 1925; sowie Wilhelm Ellenbogen, Der Linzer Parteitag, in: Der Kampf 1927, S. 513.
⁸¹ AZ, 10. 10. 1926; vgl. Parteitagprotokoll 1926, S. 52 ff.
⁸² AZ, 10. 10. 1926.
⁸³ AZ, 2. 5. 1927.
⁸⁴ W. I. Lenin, Staat und Revolution, in: Werke, Bd. 25, S. 425.
⁸⁵ Otto Bauer, in: Parteitagprotokoll 1921, S. 153.
⁸⁶ Julius Braunthal, Auf dem Weg zur Macht, in: Der Kampf 1923, S. 348.
⁸⁷ AZ, 24. 4. 1927.
⁸⁸ Parteitagprotokoll 1921, S. 154.
⁸⁹ Parteitagprotokoll 1921, S. 155.
⁹⁰ AZ, 8. 12. 1925.
⁹¹ AZ, 12. 11. 1918.
⁹² Parteitagprotokoll 1925, S. 245 ff.
⁹³ Schneeberger, in: Parteitagprotokoll 1925, S. 276.
⁹⁴ Parteitagprotokoll 1925, S. 272.
⁹⁵ Danneberg, in: Parteitagprotokoll 1926, S. 125.
⁹⁶ AZ, 27. 9. 1925.
⁹⁷ Parteitagprotokoll 1925, S. 189.
⁹⁸ Parteitagprotokoll 1923, S. 190.
⁹⁹ Parteitagprotokoll 1923, S. 202.
¹⁰⁰ AZ, 28. 5. 1927.
¹⁰¹ AZ, 6. 6. 1924, S. 6.
¹⁰² Parteitagprotokoll 1923, S. 167.
¹⁰³ Parteitagprotokoll 1926, S. 384.
¹⁰⁴ Parteitagprotokoll 1926, S. 394.

- ¹⁰⁵ Parteitagsprotokoll 1927, S. 180.
- ¹⁰⁶ Norbert Leser, Zwischen Reformismus und Bolschewismus.
- ¹⁰⁷ Vgl. dazu den Aufsatz von Karl Kautsky, Zwischen Baden und Luxemburg, in: Neue Zeit 1909/1910, S. 652—667, bes. S. 667, wo er seine Position zum ersten Mal als die des marxistischen Zentrums bezeichnet. Weitere Hinweise in meiner Dissertation, Das Linzer Programm der österreichischen Sozialdemokratie, Wien 1974, S. 79 f.
- ¹⁰⁸ Z. B. Erich Matthias, Kautsky und der Kautskyanismus, in: Marxismusstudien, 2. Folge, Tübingen 1957.
- ¹⁰⁹ Vgl. dazu: Friedrich Engels Briefwechsel mit Karl Kautsky, hrsg. und bearbeitet von Benedikt Kautsky, Wien 1955, S. 455.
- ¹¹⁰ Vgl. dazu Georges Haupt, Der Kongreß fand nicht statt. Die sozialistische Internationale vor 1914, Wien-Frankfurt-Zürich 1967.
- ¹¹¹ Friedrich Adler vor dem Ausnahmegericht, herausgegeben und eingeleitet von J. W. Brügel, Wien 1967, S. 118.
- ¹¹² A. a. O., S. 124.
- ¹¹³ Parteitagsprotokoll 1920, S. 181.
- ¹¹⁴ Friedrich Adler vor dem Ausnahmegericht, S. 118.
- ¹¹⁵ A. a. O., S. 122.
- ¹¹⁶ A. a. O., S. 180.
- ¹¹⁷ Otto Bauer, Der Weg zum Sozialismus, S. 30.
- ¹¹⁸ AZ, 3. 11. 1927.
- ¹¹⁹ Otto Bauer, Kritiker links und rechts, in: Der Kampf 1927, S. 442.
- ¹²⁰ Otto Bauer, Nach dem Parteitag, in: Der Kampf 1927, S. 550.
- ¹²¹ Ebenda.
- ¹²² Parteitagsprotokoll 1924, S. 178; Parteitagsprotokoll 1927, S. 128 und S. 131.
- ¹²³ Oskar Trebitsch, Nach der Restauration des Kapitalismus, in: Der Kampf 1928, S. 61.
- ¹²⁴ Oskar Pollak, Die internationale Arbeiterbewegung in der „Pause“, in: Der Kampf 1928, S. 332; vgl. auch: Otto Bauer, Nach dem Parteitag, a. a. O., S. 547, und Ernst Fischer, Die Pause, in: Der Kampf 1928, S. 4 ff.
- ¹²⁵ Otto Bauer, Hoppla, wir leben! In: Der Kampf 1928, S. 4.
- ¹²⁶ Oskar Pollak, Die internationale Arbeiterbewegung in der „Pause“, a. a. O., S. 334.
- ¹²⁷ Das gilt nicht nur für Bauers Schrift: Der Weg zum Sozialismus, Wien 1919, sondern auch für seine ökonomischen Ansichten; vgl. dazu: Die Akkumulation des Kapitals, in: Neue Zeit 1912/13, Bd. I, S. 831 ff., zur Kritik am „Weg zum Sozialismus“ siehe Lenin, Werke, Bd. 30, S. 351, zur ökonomischen Theorie siehe N. Bucharin, Der Imperialismus und die Akkumulation des Kapitals, in: Unter dem Banner des Marxismus, Wien-Berlin 1925/26, S. 21 ff.
- ¹²⁸ AZ, 3. 11. 1927.
- ¹²⁹ Otto Bauer, Nach dem Parteitag, a. a. O., S. 547.
- ¹³⁰ Kurt L. Shell, Jenseits der Klassen? Österreichs Sozialdemokratie seit 1934, Wien 1969, S. 10.
- ¹³¹ Vgl. dazu Josef Hindels: Was ist heute links? Wien 1969.
- ¹³² Otto Bauer, Parteitagsprotokoll 1920, S. 140 f.
- ¹³³ Ebenda.
- ¹³⁴ Vgl. dazu Julius Braunthal, Die Arbeiterräte in Deutschösterreich. Ihre Geschichte und ihre Politik, Wien 1919, S. 4—6.
- ¹³⁵ Statut des Arbeiterrats, zit. nach Braunthal, Die Arbeiterräte in Deutschösterreich, S. 9.
- ¹³⁶ Vgl. Friedrich Adler, in: Parteitagsprotokoll 1924, S. 212.
- ¹³⁷ Vgl. dazu z. B. AZ, 5. 5. 1920.
- ¹³⁸ Daß ihnen das bis zu einem gewissen Grad auch gelang, zeigt u. a. auch der Artikel „Die alte und die neue Linke“, den Otto Bauer im „Kampf“ 1920 veröffentlicht hatte und der als ganzseitiger Leitartikel am 12. und 13. Juni in der „Arbeiter-Zeitung“ abgedruckt wurde. Ganzseitige Leitartikel gab es meist nur nach Wahlen.

- ¹³⁹ Vgl. dazu Friedrich Adler, in: Protokoll der Internationalen Sozialistischen Konferenz in Wien vom 22. bis 27. Februar 1921, Wien 1921, S. 30.
- ¹⁴⁰ Vgl. Parteitagprotokoll 1920, S. 178 ff.
- ¹⁴¹ AZ, 22. 2. 1919; AZ, 28. 2. 1919; AZ, 8. 3. 1919.
- ¹⁴² Parteitagprotokoll 1921, S. 157.
- ¹⁴³ AZ, 29. 8. 1919.
- ¹⁴⁴ AZ, 8. 3. 1919.
- ¹⁴⁵ AZ, 16. 3. 1924.
- ¹⁴⁶ Parteitagprotokoll 1923, S. 42.
- ¹⁴⁷ AZ, 17. 10. 1923; AZ, 15. 3. 1927.
- ¹⁴⁸ AZ, 16. 3. 1924.
- ¹⁴⁹ Parteitagprotokoll 1921, S. 42.
- ¹⁵⁰ Vgl. Friedrich Adler, Der englisch-russische Bericht, in: Der Kampf 1925, S. 126 ff.
- ¹⁵¹ Die Rede ist abgedruckt in: AZ, 22. 12. 1925.
- ¹⁵² AZ, 18. 4. 1926, S. 6.
- ¹⁵³ Vgl. dazu die Berichte von Oskar Pollak in der „AZ“: 12. 10. 1924; 27. 11. 1924; 1. 2. 1925; 6. 4. 1925.
- ¹⁵⁴ AZ, 12. 10. 1924.
- ¹⁵⁵ Vgl. zu folgendem den Abschnitt C meiner Dissertation (Die Stellung zu Sowjetrußland, a. a. O., S. 126—179). Es ist m. E. ein völliges Mißverständnis, die Stellung der österreichischen Sozialdemokratie zu Sowjetrußland als Indiz für ein Schwanken „zwischen Reformismus und Bolschewismus“ auslegen zu wollen, wie dies z. B. Norbert Leser wie viele andere tut (Zwischen Bolschewismus und Reformismus, a. a. O., bes. S. 127 ff.). Aus Platzgründen kann hier nicht näher darauf eingegangen werden.
- ¹⁵⁶ Oskar Pollak, Zum Gedenktag der russischen Revolution, in: Der Kampf 1927, S. 491.
- ¹⁵⁷ Julius Braunthal, Die Schicksalsfrage Europas, in: Der Kampf 1920, S. 422.
- ¹⁵⁸ Parteitagprotokoll 1923, S. 182 f.
- ¹⁵⁹ A. a. O., S. 194.
- ¹⁶⁰ Ebenda.
- ¹⁶¹ Austerlitz, a. a. O., S. 192.
- ¹⁶² AZ, 29. 4. 1927.
- ¹⁶³ AZ, 7. 7. 1925.
- ¹⁶⁴ Ebenda.
- ¹⁶⁵ Friedrich Adler, Was trennt uns von der Zweiten Internationale? In: Der Kampf 1921, S. 41.
- ¹⁶⁶ Friedrich Adler, in: Parteitagprotokoll 1920, S. 222.
- ¹⁶⁷ Vgl. dazu: Protokoll der Internationalen Sozialistischen Konferenz in Wien, Wien 1921.
- ¹⁶⁸ Friedrich Adler, Möglichkeiten der Internationale, in: Der Kampf 1920, S. 354.
- ¹⁶⁹ Friedrich Adler, Was trennt uns von der Zweiten Internationale, a. a. O., S. 41.
- ¹⁷⁰ Protokoll der Wiener Konferenz, a. a. O., S. 112 f.
- ¹⁷¹ Z. B. Abramowitsch, in: Protokoll der Wiener Konferenz, a. a. O., S. 33.
- ¹⁷² Z. B. Grimm, in: Protokoll der Wiener Konferenz, a. a. O., S. 31.
- ¹⁷³ Friedrich Adler, in: Protokoll, a. a. O., S. 54.
- ¹⁷⁴ Protokoll, a. a. O., S. 61.
- ¹⁷⁵ Protokoll, a. a. O., S. 53.
- ¹⁷⁶ Adler, in: Protokoll, a. a. O., S. 29.
- ¹⁷⁷ Z. B. Karl Radek, Theorie und Praxis der 2^{1/2}. Internationale, Wien 1921, S. 30 ff.
- ¹⁷⁸ E. Faure, in: Protokoll, a. a. O., S. 51.
- ¹⁷⁹ Protokoll, a. a. O., S. 11.
- ¹⁸⁰ Zit. nach Karl Radek, Theorie und Praxis, S. 53.
- ¹⁸¹ Vgl. dazu: Protokoll der internationalen Konferenz der drei Internationalen Exekutivkomitees in Berlin 1922, S. 11—15.
- ¹⁸² Vgl. die Rede von Clara Zetkin, in: Protokoll, a. a. O., S. 8—10.
- ¹⁸³ A. a. O., S. 33.
- ¹⁸⁴ Vgl. Lenin, Wir haben zu teuer bezahlt, in: Werke, Bd. 33, S. 320.

- ¹⁸⁵ Oskar Pollak, *Der Weg nach Hamburg*, in: *Der Kampf 1923*, S. 173 ff.
- ¹⁸⁶ Oskar Pollak, a. a. O., S. 1.
- ¹⁸⁷ A. a. O., S. 178.
- ¹⁸⁸ Friedrich Adler, *Unvermeidbare Spaltung und notwendige Einigung*, in: *Der Kampf 1922*, S. 260 ff.
- ¹⁸⁹ Ders., a. a. O., S. 260.
- ¹⁹⁰ Ders., a. a. O., S. 262.
- ¹⁹¹ Ebenda.
- ¹⁹² Ders., a. a. O., S. 263.
- ¹⁹³ Friedrich Adler, in: *AZ*, 6. 4. 1925.
- ¹⁹⁴ Protokoll des internationalen Sozialistischen Arbeiterkongresses in Hamburg, Berlin 1923, S. 5.
- ¹⁹⁵ Protokoll des Hamburger Kongresses, S. 98.
- ¹⁹⁶ A. a. O., S. 50.
- ¹⁹⁷ Vgl. die Leitsätze der beiden Kongresse, in: Protokoll der internationalen Konferenz in Wien, S. 109—112, und Protokoll des Kongresses in Hamburg, S. 100—108.
- ¹⁹⁸ *AZ*, 1. 9. 1925.
- ¹⁹⁹ *AZ*, 23. 8. 1925.
- ²⁰⁰ Die beiden Programme sind abgedruckt in: *Österreichische Parteiprogramme 1868—1966*, herausgegeben und eingeleitet von Klaus Berchtold, Wien 1967, S. 145 ff. und 247 ff. Das Linzer Programm wird im folgenden nach dem Parteitageprotokoll zitiert.
- ²⁰¹ Parteitageprotokoll 1920, S. 176 f. (Bauer) und S. 219 (Adler).
- ²⁰² Vgl. dazu Otto Bauer, in: *Dritter Kongreß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale*, Brüssel, 5. bis 11. August 1928, *Berichte und Verhandlungen*, Bd. 2, Abt. VI, S. 150.
- ²⁰³ Parteitageprotokoll 1924, S. 130.
- ²⁰⁴ Vgl. dazu Julius Braunthal, *Auf dem Weg zur Macht*, in: *Der Kampf 1923*, S. 348; sowie *AZ*, 1. 1. 1924.
- ²⁰⁵ Bauer, Parteitageprotokoll 1924, S. 177.
- ²⁰⁶ A. a. O., S. 176.
- ²⁰⁷ Abgedruckt in: *Österreichische Parteiprogramme*, a. a. O., S. 235 ff.
- ²⁰⁸ Vgl. Otto Bauer, *Sozialdemokratische Agrarpolitik. Erläuterungen des Agrarprogramms der deutschösterreichischen Sozialdemokratie*, Wien 1926.
- ²⁰⁹ *AZ*, 27. 9. 1925 (Kommentar zum Entwurf des Agrarprogramms).
- ²¹⁰ Bauer, Parteitageprotokoll 1924, S. 177.
- ²¹¹ A. a. O., S. 176 f.
- ²¹² Bauer, Parteitageprotokoll 1926, S. 427.
- ²¹³ A. a. O., S. 255.
- ²¹⁴ A. a. O., S. 427.
- ²¹⁵ *AZ*, 31. 10. 1926 (Leitartikel zur Eröffnung des Parteitages).
- ²¹⁶ Wilhelm Ellenbogen, *Der Linzer Parteitag*, in: *Der Kampf 1927*, S. 514 ff.
- ²¹⁷ Bauer, Parteitageprotokoll 1924, Hervorhebung durch den Verfasser.
- ²¹⁸ *AZ*, 13. 9. 1925.
- ²¹⁹ Bauer, Parteitageprotokoll 1926, S. 274.
- ²²⁰ Vgl. *AZ*, 23. 4. 1927.
- ²²¹ Bauer, Parteitageprotokoll 1926, S. 254.
- ²²² A. a. O., S. 255.
- ²²³ Vgl. *AZ*, 6. 3.; 18. 3.; 9. 4.; 17. 4. 1927.
- ²²⁴ Wilhelm Ellenbogen, *Der Linzer Parteitag*, a. a. O., S. 514.
- ²²⁵ Ebenda.
- ²²⁶ Bauer, Parteitageprotokoll 1926, S. 257.
- ²²⁷ A. a. O., S. 261.
- ²²⁸ A. a. O., S. 168.
- ²²⁹ Vgl. Parteitageprotokoll 1923, S. 199 f.
- ²³⁰ Vgl. Parteitageprotokoll 1925, S. 249.
- ²³¹ Parteitageprotokoll 1926, S. 259 f.
- ²³² Lenin, *Werke*, Bd. 31, S. 247.

- ²³³ Lenin, Werke, Bd. 30, S. 254.
²³⁴ Z. B. Otto Bauer, Der „neue Kurs“ in Sowjetrußland, Wien 1921.
²³⁵ Parteitagprotokoll 1925, S. 272 f.
²³⁶ Bauer, Parteitagprotokoll 1926, S. 259.
²³⁷ AZ, 31. 10. 1926.
²³⁸ Mentasti, in: Parteitagprotokoll 1926, S. 344.
²³⁹ Bauer, Parteitagprotokoll 1926, S. 324.
²⁴⁰ A. a. O., S. 325.
²⁴¹ A. a. O., S. 348.
²⁴² A. a. O., S. 420.
²⁴³ A. a. O., S. 248 f.
²⁴⁴ Otto Bauer, Linz und die Wahlen, in: Der Kampf 1927, S. 154.
²⁴⁵ Vgl. dazu Adler, in: Parteitagprotokoll 1921, S. 198.
²⁴⁶ Bauer, Linz und die Wahlen, a. a. O., S. 155.
²⁴⁷ Wie dies z. B. Renner tat, vgl. Parteitagprotokoll 1919, S. 263 f.
²⁴⁸ Z. B. Lenin, Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky, in: Werke, Bd. 28, S. 256 ff.
²⁴⁹ Bauer, Parteitagprotokoll 1926, S. 248 ff.
²⁵⁰ Bauer, in: Dritter Kongreß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, a. a. O., S. 156.
²⁵¹ Bauer, Linz und die Wahlen, a. a. O., S. 154.
²⁵² Ebenda.
²⁵³ Parteitagprotokoll 1926, S. 296.
²⁵⁴ Vgl. z. B. Reichspost, 3. 11. 1926.
²⁵⁵ Bauer, Linz und die Wahlen, a. a. O., S. 155.
²⁵⁶ Vgl. Reichspost, 3. 11. 1926.
²⁵⁷ Zitiert nach Österreichische Parteiprogramme, a. a. O., S. 147.
²⁵⁸ Parteitagprotokoll 1926, S. 265.
²⁵⁹ A. a. O., S. 265, S. 313.
²⁶⁰ A. a. O., S. 266.
²⁶¹ A. a. O., S. 175 f.
²⁶² Lenin, Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit des Kommunismus, in: Werke, Bd. 31, S. 29.
²⁶³ Bauer, Die Grundfrage unserer Taktik, in: Der Kampf 1913, S. 241.
²⁶⁴ Z. B. Bauer, Weltrevolution? In: AZ, 28. 6. 1919.
²⁶⁵ Kurt L. Shell, Jenseits der Klassen, a. a. O., S. 15.
²⁶⁶ Parteitagprotokoll 1926, S. 267, Hervorhebung durch den Verfasser.
²⁶⁷ A. a. O., S. 266.
²⁶⁸ Otto Bauer, Der Kampf um die Macht, Wien 1924, S. 31.
²⁶⁹ AZ, 5. 9. 1926.
²⁷⁰ Parteitagprotokoll 1931, S. 28.
²⁷¹ AZ, 22. 5. 1919.
²⁷² Parteitagprotokoll 1926, S. 190.
²⁷³ Vgl. v. a. Rätediktatur oder Demokratie? AZ, 26. 3. 1919.
²⁷⁴ Parteitagprotokoll 1925, S. 249 f.
²⁷⁵ Parteitagprotokoll 1927, S. 121 f.
²⁷⁶ Bolschewismus oder Sozialdemokratie? Wien 1920, S. 81.
²⁷⁷ Bauer, Der Weg zum Sozialismus, a. a. O., S. 27.
²⁷⁸ Vgl. dazu AZ, 25. 12. 1924 (Die Voraussetzungen des Sozialismus).
²⁷⁹ Parteitagprotokoll 1926, S. 274.
²⁸⁰ A. a. O., S. 268.
²⁸¹ Z. B. AZ, 7. 11. 1927.
²⁸² Parteitagprotokoll 1926, S. 276 f.
²⁸³ A. a. O., S. 423.
²⁸⁴ A. a. O., S. 272.
²⁸⁵ Ebenda.
²⁸⁶ A. a. O., S. 175 f.
²⁸⁷ A. a. O., S. 282.

- ²⁸⁸ A. a. O., S. 176.
²⁸⁹ AZ, 24. 10. 1926.
²⁹⁰ Parteitagprotokoll 1926, S. 263.
²⁹¹ Lenin, Notizen eines Publizisten, in: Werke, Bd. 30, S. 346.
²⁹² Parteitagprotokoll 1926, S. 291.
²⁹³ A. a. O., S. 294 ff.
²⁹⁴ Karl Renner, Einige Erfahrungen praktischen Klassenkampfes, in: Der Kampf 1928, S. 149 (Anm.).
²⁹⁵ Parteitagprotokoll 1926, S. 408.
²⁹⁶ Parteitagprotokoll 1927, S. 171.
²⁹⁷ Parteitagprotokoll 1926, S. 174 f.
²⁹⁸ Vgl. Parteitagprotokoll 1927, S. 175 (Richter) und S. 166 (Lindner).
²⁹⁹ Parteitagprotokoll 1926, S. 426.
³⁰⁰ Reichspost (RP), 9. 8. 1926.
³⁰¹ Ebenda.
³⁰² Ebenda.
³⁰³ Ebenda.
³⁰⁴ RP, 3. 11. 1926.
³⁰⁵ RP, 2. 11. 1926.
³⁰⁶ RP, 4. 11. 1926.
³⁰⁷ Ebenda.
³⁰⁸ Ebenda.
³⁰⁹ Neue Freie Presse (NFP), Abendblatt, 9. 8. 1926.
³¹⁰ Ebenda.
³¹¹ Ebenda.
³¹² Ebenda.
³¹³ NFP (Abendblatt), 4. 11. 1926.
³¹⁴ NFP (Morgenblatt), 2. 11. 1926.
³¹⁵ NFP (Abendblatt), 4. 11. 1926.
³¹⁶ NFP (Morgenblatt), 2. 11. 1926.
³¹⁷ NFP (Abendblatt), 4. 11. 1926.
³¹⁸ Rote Fahne (RF), 10. 8. 1926.
³¹⁹ RF, 24. 8. 1926.
³²⁰ RF, 10. 8. 1926.
³²¹ RF, 13. 8. 1926.
³²² RF, 14. 8., 18. 8. 1926.
³²³ RF, 25. 8. 1926.
³²⁴ RF, 23. 9. 1926.
³²⁵ RF, 23. 9. 1926.
³²⁶ RF, 26. 9. 1926.
³²⁷ RF, 28. 9. 1926.
³²⁸ Ebenda.
³²⁹ Tagblatt (TB), 13. 8. 1926.
³³⁰ Ebenda.
³³¹ Ebenda.
³³² TB, 22. 8. 1926.
³³³ TB, 15. 8. 1926.
³³⁴ Ebenda.
³³⁵ Ebenda.
³³⁶ TB, 31. 10. 1926.
³³⁷ TB, 3. 11. 1926.
³³⁸ Ebenda.
³³⁹ TB, 4. 11. 1916.
³⁴⁰ Tagespost (TP), 31. 10. 1926.
³⁴¹ Ebenda.
³⁴² Ebenda.
³⁴³ Ebenda.
³⁴⁴ TP, 3. 11. 1926.

- ³⁴⁵ TP, 7. 11. 1926.
³⁴⁶ Ebenda.
³⁴⁷ Ebenda.
³⁴⁸ Linzer Volksblatt (LV), 10. 8. 1926.
³⁴⁹ Ebenda.
³⁵⁰ LV, 3. 11. 1926.
³⁵¹ LV, 4. 11. 1926.
³⁵² LV, 4. 11. 1926.
³⁵³ LV, 7. 11. 1926.
³⁵⁴ LV, 4. 11. 1926.
³⁵⁵ Volksstimme (VS), 6. 11. 1926.
³⁵⁶ Ebenda.
³⁵⁷ Ebenda.
³⁵⁸ VS, 13. 11. 1926.
³⁵⁹ Vgl. Otto Bauer, Der Kampf um die Macht, Wien 1924, S. 25 f.
³⁶⁰ Friedrich Austerlitz, Der Retter hat sich gerettet, in: Der Kampf 1927, S. 253.
³⁶¹ Vgl. Karl Heinz, Nach dem 15. Juli, in: Der Kampf 1927, S. 407.
³⁶² Friedrich Adler, Die Unvollkommenheiten des Programmwerfs, in: Der Kampf 1926, S. 468 f.
³⁶³ AZ, 1. 1. 1927.
³⁶⁴ Ebenda.
³⁶⁵ AZ, 18. 1. 1927.
³⁶⁶ AZ, 22. 3. 1927.
³⁶⁷ AZ, 25. 4. 1927.
³⁶⁸ AZ, 26. 4. 1927.
³⁶⁹ AZ, 28. 4. 1927.
³⁷⁰ AZ, 5. 5. 1927.
³⁷¹ Vgl. Parteitagsprotokoll 1927, S. 106 f.
³⁷² Ebenda.
³⁷³ Otto Bauer, Kritiker links und rechts, a. a. O., S. 442.
³⁷⁴ AZ, 24. 7. 1927.
³⁷⁵ Otto Bauer, Nach dem Parteitag, a. a. O., S. 547.
³⁷⁶ Otto Leichter, Der Austromarxismus und der 15. Juli, in: Der Kampf 1927, S. 396.
³⁷⁷ A. a. O., S. 398.
³⁷⁸ Vgl. Parteitagsprotokoll 1927, S. 217.
³⁷⁹ AZ, 30. 3. 1927, AZ, 19. 5. 1927.
³⁸⁰ Otto Bauer, Kritiker links und rechts, a. a. O., S. 442.
³⁸¹ Parteitagsprotokoll 1927, S. 105.
³⁸² Parteitagsprotokoll 1932, S. 43.
³⁸³ Vgl. v. a. Otto Leichter, Ende des demokratischen Sozialismus? Wien 1932, bes. S. 29 ff.
³⁸⁴ Parteitagsprotokoll 1931, S. 38.
³⁸⁵ Parteitagsprotokoll 1932, S. 39.
³⁸⁶ Oskar Pollak, Österreichs Anpassung an die „Pause“, in: Der Kampf 1930, S. 99 f.
³⁸⁷ AZ, 30. 10. 1927.
³⁸⁸ Parteitagsprotokoll 1927, bes. S. 144.
³⁸⁹ NFP, 3. 11. 1927.